

Maaß, Citha Doris

Research Report

Indiens Sicherheitskonzeption

SWP-Studie, No. S 9/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Maaß, Citha Doris (2001) : Indiens Sicherheitskonzeption, SWP-Studie, No. S 9/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252374>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Citha D. Maaß

Indiens Sicherheitskonzeption

S 9
April 2001
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2001

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für
Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

**Indien als ordnungs- und sicherheits-
politische Herausforderung** 7

**Indiens »Vision« seiner zukünftigen
internationalen Rolle** 9

Konflikterfahrung und Sicherheitsverständnis 11

**Merkmale des sicherheitspolitischen Diskurses
in Indien** 12

Tabuisierungsthese 12

Strategiethese 13

Paradigmenthese 17

**Sicherheitsrisiken und
zentrale Sicherheitsinteressen** 19

Die Bedeutung von Staat und Nation 19

Pakistan und China als größte Bedrohung 20

Pakistan: Beispiel einer neuen Risikodimension 20

China: Schlüssel zu Indiens erweitertem Sicherheitskonzept 21

Wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und

Großmachtstatus 22

**Ausweitung der Sicherheitssphäre und
polyzentrisches Ordnungssystem** 25

**Konditioneller Rahmen für eine europäische Politik
der Einbindung Indiens** 28

Abkürzungen 29

**Anhang: Die wichtigsten Konflikte und
Sicherheitsrisiken seit Indiens Unabhängigkeit** 30

Indiens Sicherheitskonzeption

Zwei Jahre nach den Nukleartests in Südasien ist die Politik der Isolation Indiens durch eine neue westliche Politik der Einbindung ersetzt worden, sichtbar an den Staatsbesuchen von US-Präsident Bill Clinton und Außenminister Joschka Fischer im März bzw. Mai 2000. Einer gemeinsamen europäischen Asienpolitik erwachsen in dieser Region neue ordnungs- und sicherheitspolitische Herausforderungen durch bislang vernachlässigte Sicherheitsrisiken: der indisch-pakistanische Dauerkonflikt mit dem Kaschmir-Kernkonflikt und einer nuklearen Dimension sowie Indiens ehrgeizige Sicherheits- und Rüstungspolitik, deren nukleare Komponente durch den zentralen Fixpunkt China bestimmt wird.

Wenn die Einbindung New Delhis Erfolg haben soll, müßte das jahrzehntelang gepflegte Indienbild korrigiert werden. Das seit Ende der 80er Jahre von verschiedenen indischen Regierungen vorangetriebene Nuklearprogramm, die tiefgreifenden konfliktträchtigen Veränderungen der indischen Gesellschaft in den 90er Jahren und der dadurch begünstigte Aufstieg der Hindu-Nationalisten haben dazu geführt, daß Indien ein neues, nationalistisch geprägtes Selbstbewußtsein entwickelt hat und mehr internationale Mitsprache fordert. Das könnte den Dialog mit deutschen und europäischen Partnern erschweren, denn Indiens hohe Selbsteinschätzung und sein globaler Statusanspruch decken sich nicht mit den ordnungs- und sicherheitspolitischen Zielen, die die EU-Mitglieder in Asien und im globalen System verfolgen.

Der Dialog mit der neuen Nuklearmacht Indien kann nur gelingen, wenn sich der Westen über eines im klaren ist: Der breite nationale Konsens in Fragen der indischen Sicherheits-, Rüstungs- und Nuklearpolitik weist darauf hin, daß viele nationale, auf einer nationalistischen Grundhaltung beruhende Anliegen in der veröffentlichten Meinung parteiübergreifend konform bewertet und unterstützt werden. Diese Grundhaltung hat es den Hindu-Nationalisten erleichtert, unterschwellige kollektive Bedrohungsvorstellungen aufzugreifen. Mit eingängigen Formeln ist es ihnen gelungen, breite Zustimmung auch unter solchen Gesellschaftsgruppen zu gewinnen, die nicht zu ihrem ideologischen Gesamtverband gehören.

Aus europäischer Sicht ungewöhnlich sind insbesondere folgende Aspekte der neuen indischen Sicherheitspolitik:

- *Fehlen eines sicherheitspolitischen Diskurses*: Trotz lebendiger Demokratie und freier Presse werden grundlegende Sicherheitsfragen weder im Parlament noch in der Öffentlichkeit diskutiert. Deshalb können sich auch keine unterschiedlichen strategischen Denkschulen entwickeln. Die wenigen Kritiker einer nuklearen Aufrüstung werden als unpatriotisch marginalisiert. Der nationale Konsens konnte mangels kritischer Auseinandersetzungen keine scharfen Konturen gewinnen.
- *Dynamische Rüstungspolitik*: Indien betreibt eine ehrgeizige Aufrüstung in allen Teilbereichen der nationalen Verteidigung: die konventionellen, nuklearen, ballistischen und maritimen Kapazitäten sollen in einem mittel- bis langfristigen Zeitrahmen (25–30 Jahre) quantitativ aufgestockt und qualitativ verbessert werden. Potentiell destabilisierende Auswirkungen auf die asiatischen Machtstrukturen werden dabei nicht ausreichend berücksichtigt.
- *Weit gefaßter Sicherheitsbegriff*: Neben klassisch-militärischen Sicherheitsinteressen werden auch andere Interessen zu sicherheitspolitischen aufgewertet. Dazu gehören insbesondere nationale Bestrebungen wie etwa Indiens Aufstieg zu einer Industriegroßmacht.
- *Sicherheitskonzept als Instrument der ordnungspolitischen Ambitionen Indiens*: Indiens Sicherheitskonzept läßt darauf schließen, daß es nicht nur sicherheitspolitischen Anliegen, sondern auch weiterreichenden ordnungspolitischen Zielen dienen soll.
- *Infragestellung des globalen ordnungspolitischen Status quo*: Indien will zu einem *global player* im internationalen System aufsteigen und einer der Kerne eines polyzentrischen Systems werden. Diesem Ziel dienen in konzeptioneller Hinsicht die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs und in strategischer Hinsicht die Ausdehnung der von Indien beanspruchten Sicherheitssphäre. Für letztere soll der flexibel zu definierende Begriff *Southern Asia* eingeführt werden.

Indien vertritt einen ordnungspolitischen Ansatz, der durch den eigenen Aufstiegswillen bestimmt ist. Die europäischen Staaten dürften dagegen andere Kriterien haben, nach denen sie eine Veränderung des internationalen Systems für notwendig erachten. Verständnis für die Positionen der jeweils anderen Seite zu entwickeln dürfte das wesentliche Anliegen

eines sicherheitspolitischen Dialogs sein. Ziel der auf staatlichen und nicht-staatlichen Ebenen zu führenden Gespräche sollte es sein, gemeinsame Interessenansätze herauszuarbeiten.

Indien als ordnungs- und sicherheitspolitische Herausforderung

Indiens Nukleartests im Mai 1998 signalisierten unmißverständlich, daß es bei der Neuordnung des internationalen Systems mitbestimmen wollte, obwohl das Land bis dahin nicht zum kleinen elitären Kreis der globalen Führungsmächte gehörte. Das nicht nur aus Indien zu vernehmende Pochen auf Mitsprache kam exemplarisch an der noch immer nicht abgeschlossenen Diskussion über eine Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Ausdruck. In diesem Kontext ließen sich Rivalitätskämpfe um günstige Startpositionen beobachten, die bislang eher aus Phasen innerstaatlichen sozialen Wandels in Entwicklungsgesellschaften bekannt waren. Wie in internen Wandlungsprozessen aufstiegsorientierte Gesellschaftsgruppen krisenhafte Umbruchphasen nutzten, um die Vorherrschaft der etablierten Machtinhaber zu brechen, trachteten nun aufstiegsorientierte Staaten danach, ihre Ansprüche inmitten der internationalen Umwälzungen der 90er Jahre geltend zu machen.

Indien wehrte sich besonders nachdrücklich dagegen, daß die frühere Systembipolarität nach dem Ende des Kalten Krieges quasi zwangsläufig in eine unipolare Weltordnung unter der scheinbar unangefochtenen Vorherrschaft der USA überging. Spätestens 1995/96 realisierte Indien, daß es mit seinem Anspruch auf die Rolle einer internationalen Großmacht mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat von der US-Supermacht und der internationalen Führungselite (in Gestalt der fünf Veto-Mächte des Sicherheitsrats, der G8 oder der EU) nicht in der erwarteten Weise ernst genommen wurde. Der verletzte Nationalstolz bestärkte Indien noch zusätzlich, mit Hilfe der Nukleartests seinen Ambitionen Nachdruck zu verleihen.

Erst der weltweite Schock dieser Tests ließen auch Deutschland und seine europäischen Partner Indiens lange vernachlässigte ordnungs- und sicherheitspolitische Entwicklung wahrnehmen. Die Reaktion der EU wurde in Pakistan sehr genau registriert. Die relativ substanzlose Verurteilung, mit der die G8 auf die indischen Tests reagierte, machte die pakistanischen Entscheidungsträger um so entschlossener, binnen 14 Tagen mit einer eigenen Testserie nachzuziehen.¹

¹ Vgl. Vernon Hewitt, *Containing Shiva? India, Non-Proliferation and the Comprehensive Test Ban Treaty*, in:

In Verkennung der spezifischen Konfliktlage in Südasien schwenkten nun europäische Sicherheitsstrategen auf das Argument um, daß sich das nukleare Patt – analog zur Frühphase der Ost-West-Nuklearabschreckung – stabilisierend auf den indisch-pakistanischen Konflikt auswirken und die Kriegsgefahr entschärfen würde. Daß dies eine Fehleinschätzung war, machte der neuerliche Krieg im geteilten Kaschmir (Mai bis Juli 1999) deutlich, der indes begrenzt gehalten werden konnte. Erst jetzt wurde auch in Europa die volle Tragweite der Bedrohung und der Handlungszwänge wahrgenommen, die vom indisch-pakistanischen Konflikt ausgehen:

- das Risiko vermeintlich kalkulierbarer Militäroperationen in Kaschmir, mit konventionellen Mitteln durchgeführt und subversiv organisiert, war infolge der offenen Nuklearisierung noch gestiegen, da die angreifende Seite damit rechnen konnte, daß sich internationale Konfliktschlichter frühzeitig einschalten würden;
- der Zugzwang nicht nur für die Supermacht USA, sondern auch für andere internationale Führungsstaaten hatte sich erhöht, da sie bereits im Frühstadium initiativ werden mußten, um die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation zu einem Nukleareinsatz mit globalen Auswirkungen zu bannen. Dieser neuen Situation trug Bill Clinton mit seinem Südasien-Besuch vom 20. bis 25. März 2000 Rechnung – dem ersten Staatsbesuch eines US-Präsidenten nach 22 Jahren!² Indien übermittelte er zwei Botschaften:
 - sicherheitspolitisch: er betonte die *weltweite* Bedrohung durch den indisch-pakistanischen Konflikt, indem er vor seiner Reise Südasien als »heute den vielleicht gefährlichsten Ort der Welt«³ bezeichnete;

Contemporary South Asia, 9 (März 2000) 1, S. 26: »Surprisingly, given the extent of the crisis in South Asia, the response of the international community was indecisive and confused.« Vgl. auch Citha D. Maaß, *Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen*, in: Internationales Asienforum, 30 (1999) 1-2, S. 62.

² Vgl. Secretary of State Madeleine K. Albright in ihrer Grundsatzzrede vor der Asia Society, Washington, am 14.3.2000, <http://secretary.state.gov/www/statements/2000/000314.html>.

³ Zit. aus: Bernard Imhalsy, *Neuorientierung der Südasienpolitik der USA*, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 18./19.3.2000.

□ ordnungspolitisch: er wertete *Indiens Rolle* auf, indem er »a closer and qualitatively new relationship« mit Indien aufbauen, als »partner in peace« fungieren und sich an der Seite Indiens um »strategic stability in Asia and beyond« bemühen wolle.⁴

Diese Botschaften wurden auch von der EU mitgetragen. Als Signal für ein Umdenken auf europäischer Seite ließ sich etwa der Indien-Besuch von Außenminister Joschka Fischer interpretieren (17./18.5.2000). Analog zum US-indischen Vision Statement wurde eine »Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert« abgeschlossen.⁵

Doch die eigentlichen Hausaufgaben stehen der EU noch bevor. Wie soll eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf die von Indien und Süd-asien ausgehenden Herausforderungen reagieren? Welche sicherheitspolitischen Initiativen können konzipiert werden, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgehen, der sich angesichts der unterschiedlichen Interessen der nuklearisierten und der nicht-nuklearen EU-Mitgliedsländer finden läßt? Welche Sicherheitssysteme könnte die EU gegebenenfalls errichten, um auf den Ausbau der indischen und pakistanischen Nuklearwaffenkapazität und die indische Entwicklung von Langstrecken- und Interkontinentalraketen vorbereitet zu sein?

Das Schlagwort vom »asiatischen 21. Jahrhundert« bringt die Tragweite der machtpolitischen und wirtschaftlichen Verschiebungen, aber auch der konfliktträchtigen Entwicklungen im globalen Kräfteverhältnis zum Ausdruck, mit denen in den kommenden Jahrzehnten zu rechnen ist. Indiens Anspruch, als internationale Großmacht anerkannt zu werden, beleuchtet die neue *ordnungspolitische* Herausforderung. Doch die weitaus problematischere Herausforderung für eine zukünftige GASP wird im *sicherheitspolitischen* Bereich liegen. Der indisch-pakistanische Dauerkonflikt ist durch die nukleare Dimension und die auf China bezogene Komponente noch krisenträchtiger geworden. Damit erweitert und potenziert er die bereits bekannten Sicherheitsrisiken, die von Ostasien bzw. dem Asiatisch-Pazifischen Raum ausgehen.

Charakter und Dimension dieser neuen Herausforderungen werden durch ein komplexes Determinan-

tenbündel bestimmt. Ein bestimmender Faktor ist in den Vorstellungen zu sehen, von denen Indien seine Sicherheitsbedürfnisse ableitet.

⁴ Zit. aus der gemeinsamen Erklärung »A Vision for the 21st Century« (kurz: »Vision Statement«), unterzeichnet von Präsident Clinton und Premierminister Vajpayee in New Delhi am 21.3.2000, http://www.state.gov/www/global/human_rights/democracy/fs_000321_us_india.html.

⁵ Vgl. Gemeinsam für Abrüstung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 19.5.2000, S. 7.

Indiens »Vision« seiner zukünftigen internationalen Rolle

Von den globalen Machtverschiebungen in den 90er Jahren waren alle Staaten betroffen. Für Indien standen zwei Fragen im Vordergrund: Welches Fernziel wollte es im Verlauf der globalen Systemneuordnung erreichen? Und welche Strategie mußte entwickelt werden, um an dieses Ziel zu gelangen?

Schon eine vorläufige Bestimmung des Fernziels ließ erkennen, daß Indien keinesfalls bescheidene Ambitionen hegte. Als exemplarisch konnte die »Vision« gelten, die L. K. Advani am 21. November 1999 auf den Slogan brachte »Let the 21st Century be India's Century«: »Schließlich glauben wir, daß Indien das Potential – natürlich und kulturell – besitzt, als eine der erstrangigen Nationen in der Welt aufzutreten. Indien ist eine globale Führungsmacht auf der Höhe der Kultur gewesen. Es war nicht nur eine Führungsmacht in Philosophie und Kultur, sondern auch in der materiellen Entwicklung.«⁶

Die Vision enthielt zentrale Elemente, die den Bezugsrahmen für Indiens künftige Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik bildeten. Politisches und ideologisches Gewicht gewann die Vision durch den Redner, der sie formulierte. L. K. Advani war nicht nur Innenminister in der von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) angeführten Koalitionsregierung, sondern auch der starke Mann innerhalb der BJP. Er personifizierte den harten Parteiflügel und ergänzte damit den als liberal und konsensfähig eingestuften Premierminister Atal Bihari Vajpayee.

Als symbolisch konnte das Forum für Advanis Ansprache gelten. Indem er die einflußreiche Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI) als Auditorium wählte, demonstrierte Advani, daß *Wirtschaftskraft* (und inhärent *technologische Entwicklung*) das eigentliche Fundament für Indiens künftigen internationalen Status bilden sollte. Und schließlich klärte der Innenminister unmißverständlich, womit Indien seinen globalen Führungsanspruch legitimierete, nämlich mit seiner historisch erwiesenen *kulturellen Größe* (»Kultur«, engl.: *civilisation*).

6 Übersetzt aus: Innenminister L. K. Advani, »Let 21st Century Be India's Century«, Ansprache vor der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry, 21.11.1999, <http://bjp.org/news/jan1700a.htm>.

Ein weiteres wesentliches Element des konzeptionellen Bezugsrahmens steuerte Premierminister Vajpayee in seiner ersten Erklärung nach den Nukleartests bei, die er vor beiden Häusern des indischen Parlaments am 27. Mai 1998 abgab. Vajpayee hob hervor, daß die erfolgreichen Nukleartests Indien »a renewed sense of national pride and self-confidence« gegeben hätten. Dann konstatierte er kategorisch:

»Indien ist jetzt ein Nuklearwaffenstaat. Das ist eine Realität, die nicht bestritten werden kann. Das ist keine Gunst, um die wir nachsuchen; noch ist es ein Status, den uns andere zugestehen. Es ist ein Geschenk unserer Wissenschaftler und Ingenieure an die Nation. Es ist Indiens Recht [India's due], das Recht eines Sechstels der Menschheit.«⁷

Auch wenn indische Sicherheitsexperten an Indiens Rechtsanspruch verhalten Zweifel äußerten, überwog deutlich die Bereitschaft, die Regierung in ihrem Bemühen zu unterstützen, diesen Anspruch international durchzusetzen.

Den Schlüssel zu Indiens Rechtsanspruch auf Nuklearwaffen lieferte eine Erwägung, die unmittelbar nach den Tests ganz offen zugegeben, bald aber kategorisch geleugnet wurde. Bemerkenswert war, daß sie ausgerechnet von Jaswant Singh geäußert wurde, kurz vor seiner Ernennung zum Außenminister und Chefunterhändler im strategischen Dialog mit Washington. Aus einem unmittelbar nach den Tests verfaßten Postscript – Singh hatte noch seine einflußreiche Funktion als Deputy Chairman der Planning Commission – ging hervor, daß Indien Nuklearwaffen als *Machtattribute* internationaler Großmächte betrachtete:

»There is also the factor of the currency of power. If the P-5⁸ continue to employ this currency in the form of nuclear weapons, as an international communica-

7 Übersetzt aus: Suo Motu Statement by Prime Minister Mr. Atal Bihari Vajpayee in Both Houses of Indian Parliament on 27th May, 1998, On India's Nuclear Tests & Nuclear Policy. Embassy of India, Bonn, 28.5.1998, <http://www.indianembassy.de/980528e2.htm>.

8 Als P-5 werden die fünf permanenten Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats bezeichnet, die allein Vetorecht besitzen. Es sind zugleich die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten im Sinne des Non-Proliferationsvertrags.

tor of force, then how is India, to voluntarily devalue its own state power, which it has to, after all, employ for its own national security? It is this reasoning that lies behind the evolution of Indian nuclear thought in the past fifty years.«⁹

Beispielhaft für die direkte Beziehung zwischen Nuklearwaffen und internationalem Status, die aus indischer Sicht gegeben ist,¹⁰ sei die Einschätzung eines indischen Sicherheitsexperten zitiert: »der Umstand ist von Beobachtern internationaler Beziehungen nicht übersehen worden, daß der Nichtbesitz von Nuklearwaffen ein Grund für den zweitrangigen Status von Japan und Deutschland war.«¹¹ – »Die Vehemenz, mit der die USA und China Indien davon abgeraten haben, den Nuklearweg zu beschreiten, weist darauf hin, daß eine enge Beziehung zwischen Nuklearwaffen und Großmachtstatus besteht.«¹²

Von dieser Bewertung distanzierte sich die indische Regierung jedoch umgehend. Nun sollte gezielt der Eindruck verwischt werden, daß Indien um des Status willen nach nuklearer Bewaffnung strebt. Ob das einen echten Sinneswandel andeutete oder lediglich als taktische Maßnahme einzustufen war, um international weniger provokant zu wirken, wird sich an Indiens zukünftiger nuklearer Rüstungspolitik ablesen lassen.

Fortan wurde als wichtigstes nationales Interesse und höchste strategische Priorität – und damit als offizielle Richtlinie für den Aufstieg zu einer Großmacht – die sozio-ökonomische Entwicklung genannt. So beantwortete Jasjit Singh, Direktor des regierungsnahen Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA) und Mitautor des im August 1999 veröffentlichten Entwurfs einer Nukleardoktrin, bereits im Juli 1998 die Frage »Why Nuclear Weapons?«:

»Zunächst ist klar und deutlich festzustellen, daß

⁹ Zit. aus: Jaswant Singh, *Defending India*, Houndmills, UK/ New York/Chennai, India 1999, S. 327.

¹⁰ So stellte George Tanham in einer Studie der Rand Corporation 1992 fest: »Indians consider specific military capabilities – e.g., nuclear weapons, long-range missiles and aircraft, a large blue-water navy, and a strong military-industrial base – symbols of great-power status, and India therefore must have them.« (George Tanham, *Indian Strategic Thought. An Interpretative Essay*, Santa Monica: Rand Corporation, 1992 [R-4207-USDP], S. 60. Eine komprimierte Version erschien als: George Tanham, *Indian Strategic Culture*, in: *The Washington Quarterly*, 15 [Winter 1992] 1, S. 129–142.)

¹¹ Übersetzt aus: P. M. Kamath, *Indian Nuclear Strategy: A Perspective for 2020*, in: *Strategic Analysis*, 22 (März 1999) 12, <http://www.idsa-india.org/an-mar9-9.html>.

¹² Übersetzt aus: P. M. Kamath, ebd., S. 5.

Indien nicht um des Prestiges oder Status willen Nuklearwaffen benötigt. Es ist die größte Demokratie der Welt, die sich mitten im ehrgeizigsten Experiment der Menschheitsgeschichte befindet: eine traditionelle Kultur in eine moderne Gesellschaft, eine agrarische Wirtschaft in ein industriell entwickeltes System, ein stratifiziertes Sozialsystem in eine gerechtere Ordnung umzuwandeln, und das alles in einem Prozeß politischer Konsultation. Unsere strategische Priorität bleibt weiterhin die sozio-ökonomische Entwicklung von fast einem Sechstel der Menschheit, das unsere Nation darstellt. Letztlich wird Indiens Prestige und Status davon bestimmt, wie wir unsere Probleme lösen und wie wir uns angesichts der entstehenden geostrategischen und geoökonomischen Realitäten verhalten.«¹³

Den Bogen der offiziellen, semi-offiziellen und informellen Äußerungen soll ein Zitat von Jaswant Singh, dem zukünftigen Außenminister, abrunden:

»Heute ist Indien ein Nuklearwaffenstaat. Das stärkt unser Verantwortungsbewußtsein als eine Nation, die sich zu den Prinzipien der UNO-Charta ebenso bekennt wie zur Förderung von regionalem Frieden und Stabilität. Die Bemühungen um engere Einbeziehung unserer Nachbarn werden verstärkt. Unsere Dialoge mit anderen Kernpartnern werden intensiviert. Sie sollen das gesamte Themenspektrum umfassen, das kollektive Überlegung erfordert.

Als eine Kultur, die traditionell nach außen blickt, und als unabhängiges, blockfreies Land, das seine Verpflichtung zum Multilateralismus seit langem ernst genommen hat, bleiben wir zuversichtlich, daß ein starkes und stabiles Indien als verantwortungsbewußtes und engagiertes Mitglied der internationalen Gemeinschaft angesehen wird, wenn wir uns der Aufgabe zuwenden, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.«¹⁴

Eine starke, in sich gefestigte und souveräne Nation, getragen von einem einzigartigen kulturellen Fundament, dank einheimischer technologischer Entwicklung auf dem Weg zu einer Industriegroßmacht, internationaler und regionaler Friedens- und Stabilitätsfaktor im Rahmen der tiefgreifenden Veränderungen des kommenden Jahrhunderts: das ist die Vision, die Indien von sich selbst, seiner zukünftigen globalen Rolle und seiner Mission für die Menschheit hegt.

¹³ Übersetzt aus: Air Commodore Jasjit Singh (Hg.), *Nuclear India*, New Delhi, Juli 1998, S. 9–10 [Kursiv im Original].

¹⁴ Übersetzt aus: Press Statement by Shri Jaswant Singh, 18.5.1998, Embassy of India, Bonn, http://www.indianembassy.de/980520_e3.htm.

Konflikterfahrung und Sicherheitsverständnis

Das ambitionierte Vorhaben setzt voraus, daß es durch eine Sicherheitspolitik gestützt und ergänzt wird, die Indien eine Konzentration seiner knappen Ressourcen auf prioritäre Sicherheitsrisiken ermöglicht. Schließlich war, wie Clinton gewarnt hatte, Indien von einem besonders brisanten Konfliktherd betroffen. Und Indien hatte – auch in der Periode des Kalten Kriegs – bereits mehrfach unter heißen Kriegen gelitten. Darüber hinaus hatte es mehrere militärische Ordnungsmissionen in seiner südasiatischen Nachbarschaft durchgeführt.¹⁵

Hinzu kamen Gefährdungen der *inneren* Sicherheit. Zusätzlich zu den regelmäßig aufflammenden Hindu-Moslem-Zusammenstößen war Indien seit seiner Unabhängigkeit mit zahlreichen innenpolitischen Krisen (darunter beispielsweise den von Indira Gandhi verhängten Notstand von Juni 1975 bis März 1977) und militanten Separationsbewegungen konfrontiert.

Somit haben vielfältige und langanhaltende Bedrohungen ebenso wie kurze, offene Kriege, die allerdings niemals zu einem umfassenden Krieg eskaliert waren, das Sicherheitsverständnis des indischen Staates und seiner politischen Eliten geprägt.

Angesichts dieses Befundes hätte man erwarten können, daß in Indien sicherheitspolitische Grundsatfragen intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurden und daß sich mit der Zeit ein differenziertes Spektrum unterschiedlicher strategischer Denkschulen und konzeptioneller Ansätze entwickelt. Beides war jedoch nicht der Fall. Der sicherheitspolitische Diskurs blieb auffällig vage. Zwar wurde das nationale Interesse oft verbal bemüht, doch kaum näher bestimmt. Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur legitimierten ihre sicherheitspolitischen Entscheidungen immer wieder mit dem Hinweis darauf, daß sie sich auf einen breiten nationalen Konsens in sicherheitspolitischen Grundsatfragen stützen könnten. Doch wie sich letztlich dieser nationale Konsens herausgebildet haben sollte, blieb unklar.

¹⁵ Vgl. die Auflistung im Anhang, S. 30f.

Merkmale des sicherheitspolitischen Diskurses in Indien

Warum der sicherheitspolitische Diskurs so diffus blieb, soll anhand von drei Thesen erklärt werden:

- *Tabuisierungsthese*: die erfolgreiche Tabuisierung sicherheitspolitischer Fragen unterband eine offene, kontrovers geführte Debatte;
- *Strategiethese*: die fehlende Tradition strategischen Denkens erschwerte die Herausbildung konkurrierender Denkschulen, die unterschiedliche Ansätze für Sicherheitsanalysen vertraten;
- *Paradigmenthese*: die in den 90er Jahren auflebende Sicherheitsdebatte wurde vom ideologischen Paradigma des aufsteigenden Hindu-Nationalismus geprägt.

Tabuisierungsthese

Um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: Die These will nicht besagen, daß in der indischen Gesellschaft keine divergierenden Ansichten zu sicherheitspolitischen Fragen oder zentralen nationalen Interessen existieren. Vielmehr soll dargelegt werden, daß nationalistisch begründete Tabus den sicherheitspolitischen Diskurs, wie er sich in der *veröffentlichten* Meinung widerspiegelt,¹⁶ einschränken und mit spezifischen Akzenten versehen.

Die Entwicklung der Pressefreiheit läßt auf die besonderen Regeln der indischen Demokratie schließen. Als Reaktion auf die scharfe Zensur, die Indira Gandhis jüngerer Sohn Sanjay während der Notstandszeit 1975–1977 ausübte, erkämpften sich insbesondere die *englischsprachigen* Zeitungen eine bemerkenswerte Freiheit. Dagegen wurden Fernsehen und Radio, beide in staatlichem Besitz und teilweise auf Hofberichterstattung ausgerichtet, erst nach Ablösung der Nehru-Gandhi-Dynastie Ende der 80er Jahre allmählich reformiert. Die einsetzende Liberalisierung wurde

¹⁶ Nur wenige Kritiker der indischen Nuklearpolitik wagen ihre abweichende Meinung öffentlich zu publizieren. Müssen sie doch den Vorwurf fürchten, sich unpatriotisch zu verhalten und das nationale Sicherheitsinteresse zu gefährden. Prominenteste Kritiker sind das Autorenteam Praful Bidwai und Achin Vanaik. Vgl. ihr Buch: *South Asia on a Short Fuse. Nuclear Politics and the Future of Global Disarmament*, New Delhi u.a.: Oxford University Press, 1999.

beschleunigt durch die Ausbreitung von satelliten-gestützten internationalen Fernsehkanälen.

Das unbefriedigende Niveau des sicherheitspolitischen Diskurses beleuchtet der folgende Kommentar: »Obwohl zu Indiens demokratischen Errungenschaften auch eine dynamische freie Presse gehört, ist deren Wirkung durch eine Reihe von Faktoren beschränkt. Das Niveau akademischer Forschung über bestimmte Aspekte der nationalen Sicherheit unterliegt Zwängen, die aus der geringen Beachtung von Verteidigungsstudien erwachsen sowie einem relativen Mangel an öffentlicher Information. Fehlendes Interesse an Verteidigungsthemen im Unterhaus des Indischen Parlaments [Lok Sabha] sind vielleicht auf ihre geringe Bedeutung in Wahlen zurückzuführen. Deshalb läßt sich die Situation als die einer unterinformierten, aber dennoch lautstarken Gesellschaft beschreiben [under-informed yet vocal society].«¹⁷

Die obsessive Geheimhaltung in Sicherheitsfragen wurde legitimiert mit dem Vorwand des nationalen Interesses und eines wohlverstandenen Patriotismus:

»Geheimnistuerei scheint durch den Appell an das nationale Interesse oder die nationale Sicherheit sanktioniert zu sein. Das hilft der Regierung, aufgrund ihrer Interessenperzeption Informationen zurückzuhalten oder freizugeben. Wenn Parlamentsmitglieder darauf bestehen, bestimmte Informationen zu erhalten, können sie zum Schweigen gebracht werden, indem ihr Patriotismus in Frage gestellt wird.«¹⁸

»Wichtige Einzelheiten, die die öffentliche Überwachung von Entscheidungsverfahren und -Prozessen erleichtern würden, sind weder den Medien noch den gesetzgebenden Körperschaften wie beispielsweise einem Ständigen Verteidigungskomitee bekannt. Ob die Entscheidungsfindung nach professionellen Kriterien erfolgt, bleibt unüberwacht und unverifiziert. Eine Kultur der exzessiven Geheimnistuerei hat die Entwicklung einer informierten öffentlichen Debatte über nationale Sicherheitsanliegen verhindert.«¹⁹

¹⁷ Übersetzt aus: Ravinder Pal Singh, Kap. 3: India, in: ders. (Hg.), *Arms Procurement Decision Making*, Bd. 1: China, India, Israel, Japan, South Korea and Thailand, Oxford u.a.: SIPRI, 1998, S. 48.

¹⁸ Übersetzt aus ebd., S. 76.

¹⁹ Übersetzt aus ebd., S. 77.

Diese grundsätzliche Einstellung gilt auch für die neue BJP-geführte Koalitionsregierung. Das bestätigt etwa eine Ansprache des derzeitigen Verteidigungsministers George Fernandes, der als ehemaliger Sozialist auf Veranlassung Indira Gandhis ohne ordentliches Gerichtsverfahren für längere Zeit im Gefängnis festgehalten worden war. Darin beschwor Fernandes die anwesenden Medienvertreter: »Dissens macht ein demokratisches Staatswesen aus. Aber wenn es sich um Anliegen der nationalen Sicherheit handelt, ist es allein die Einigkeit in Absicht und Handeln des ganzen Volkes, die uns ans Ziel bringt.«²⁰

Der nationale Konsens besteht tatsächlich, doch ist er nicht das Ergebnis intensiver und kritischer Auseinandersetzungen zwischen sicherheitspolitisch interessierten Bürgern, Experten der Regierungs- bzw. Oppositionsfraktionen und Ministerialbeamten.²¹ Statt dessen wird er maßgeblich von der offiziell propagierten Regierungslinie bestimmt.

Das gilt vor allem für Probleme der äußeren Sicherheit, die selbst für einen Angehörigen der politisch aufgeschlossenen städtischen Mittelschicht kaum von Interesse sind. Zwar lösen Reizwörter wie Pakistan, Kaschmir, China und USA emotional geführte Debatten aus, doch bestätigen diese Diskussionen bei näherer Prüfung eher die These einer »under-informed yet vocal society«.

Wie der subtile Mechanismus nationaler Konsensbildung funktioniert, mußte der indischstämmige Wissenschaftler Itty Abraham während seiner Recherchen zu Indiens Nuklearpolitik erfahren. Auch wenn die Nuklearpolitik verständlicherweise von noch mehr Geheimhaltung und Verschleierung umgeben ist als die allgemeine Sicherheitspolitik, kann doch kein Zweifel bestehen, daß der nationale Konsens aus einer Verbindung von patriotisch eingekleideter Tabuisierung und offizieller Legendenbildung hervorgeht. Itty Abraham faßt seine Erfahrungen so zusammen:

²⁰ Übersetzt aus: George Fernandes, Defence Minister, National Security and the Role of the Media, in: Strategic Analysis, 22 (September 1998) 6, <http://www.idsa-india.org/an-sep8-1.html>.

²¹ Offensichtlich zeigt auch das derzeitige Parlament kein Interesse an Sicherheitsfragen. Anlässlich der Gedenkfeiern zum sich erstmals jährenden Kriegsende in Kargil (Kaschmir) wurde in einem Leitartikel beklagt: »The biggest increase in the defence budget was passed in the two Houses of Parliament without a debate. Our Parliamentarians also did not display any interest in discussing the draft nuclear doctrine by the National Security Advisory Board, though it has evoked comments around the globe.« (Zit. aus: Times of India, 27.7.2000, S. 10.)

»Die indische Regierung zeigte sich kaum bereit, Wissenschaftlern vollen und uneingeschränkten Zugang zu den offiziellen Dokumenten über den Nuklearkomplex zu gewähren, und zwar mit der zweifelhaften Begründung, daß Fragen der nationalen Sicherheit auf dem Spiel stünden.

Dadurch wurde mir bewußt, daß infolge des Gewichts der amtlichen Version und der in den Händen von wenigen Personen zentralisierten Entscheidungsfindung die meisten Individuen, von denen eine gewisse Kenntnis hätte erwartet werden können, ihre eigenen Erinnerungen durch die offizielle Version der Geschehnisse ersetzt hatten; sie waren deshalb niemals in der Lage gewesen, etwas von dem zu wissen, was in entscheidenden Momenten durchgesickert war, oder sie wollten aus verschiedenen Gründen, etwa aus Furcht, nicht offen darüber sprechen.«²²

Daß sich in der Kerngruppe von Entscheidungsträgern, die letztlich die sicherheitspolitischen Strategien festlegen, und in dem Umfeld ihrer Berater, der elitären *strategic community*, kaum divergierende Ansätze entwickeln konnten, läßt sich durch die *Strategiethese* erklären.

Strategiethese

Nach der Strategiethese blieb der nationale Konsens deshalb so diffus, weil sich in ihm ganz unterschiedliche Elemente miteinander verbanden, die auf Faktoren beruhten wie Indiens kulturspezifischer Strategietradition, dem reaktiven Ad-hoc-Charakter sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse und der homogenen nationalistischen Sozialisation der exklusiven *strategic community*. Zugleich begünstigten diese Faktoren eine breitenwirksame Rezeption des Konsenses. Offensichtlich wurde das im Verlauf der Kontroverse, die 1992 durch eine Studie der Rand Corporation ausgelöst wurde.

Die Publikation mit dem Titel »Indian Strategic Thought«²³ erregte großes Aufsehen und markierte einen Einschnitt im sicherheitspolitischen Diskurs. Der Autor, George Tanham, hatte im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums mehrere Jahre recherchiert und viele strategische Insider in Indien interviewt. Seine Kernthese lautet:

²² Übersetzt aus dem Vorwort von Itty Abraham, *The Making of the Indian Atomic Bomb. Science, Secrecy and the Post-colonial State*, London 1998, Hyderabad 1999, S. 4.

²³ Vgl. Tanham, *Indian Strategic Thought*.

»Indien hat keine Tradition strategischen Denkens; kein großer strategischer Denker tritt in der indischen Geschichte in Erscheinung, und die meisten modernen Strategien sind von Führungspersonlichkeiten wie Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi entwickelt worden, die gewöhnlich ihre Theorien in allgemeinen Begriffen formuliert haben, gestützt auf ihre eigene Sicht der Außenwelt und geleitet von ihren individuellen Vorlieben.«²⁴

Tanham stellte apodiktisch fest: »Die indische Regierung hat niemals an irgendeiner Stelle oder zu irgendeinem Zeitpunkt ihre Sicherheitsstrategie artikuliert.«²⁵ Charakteristisch sei, daß zwar »Elemente einer Verteidigungsstrategie« entwickelt worden seien, aber nur »wenig formales strategisches Denken und Pläne«. Vorherrschend sei »reaktives statt aktives« Vorgehen.²⁶

Diese Beobachtung wurde mit Blick auf die offizielle Nuklearpolitik ausgerechnet von K. Subrahmanyam bestätigt, dem »strategischen Doyen Indiens« (Jasjit Singh):²⁷ »ich gebe die Hoffnung auf, daß das indische Establishment dazu gebracht werden kann, sich um die Formulierung einer nuklearstrategischen Politik zu bemühen ... [Indiens] Herangehen an Sicherheitsanliegen ist rein reaktiv und spontan [*ad hocist*]«.²⁸

Die westlichen Methoden strategischer Planung und Implementierung stehen zu dem indischen Strategieansatz in einem perzeptionellen Gegensatz. Was nach westlichem Verständnis als strategische Schwäche erscheint, wird aus indischer Sicht als konzeptionelle Stärke gesehen. Das läßt sich mit der kulturspezifischen Erfahrung Indiens erklären: im Laufe der viele Jahrhunderte lang über das Land hereingebrochenen Eroberungswellen wurde die Fähigkeit entwickelt, fremde Einflüsse zu absorbieren, mit komplexen Gegebenheiten zu leben und widersprüchliche Phänomene nebeneinander bestehen zu lassen.²⁹

Nicht Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch ist die konzeptionelle Maxime des indischen Strategieansatzes. Mit einem schriftlich fixierten Dokument verbaut man sich möglicherweise alternative Optionen. Ein kurzfristiger pragmatischer Strategiewechsel wird durch eine solche Fixierung erschwert, denn der neue Kurs muß dann auch offiziell legitimiert werden. Gibt man jedoch nur ein vage formuliertes strategisches Fernziel vor, bleibt genügend Spielraum, sich im Verlauf der langfristigen Implementierung flexibel den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Drei Beispiele mögen diesen andersartigen Ansatz illustrieren:

Non-Alignment-Politik: Das von Jawaharlal Nehru entworfene Konzept wurde im Westen lange als ideologisches Dogma mißverstanden, als Indiens moralischen Beitrag zu einer friedlichen Welt. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine äußerst pragmatische Strategie mit dem Ziel, Indiens nationale Interessen im Rahmen des Kalten Kriegs optimal durchzusetzen.³⁰ Daß es sich eben *nicht* um ein genau fixiertes strategisches Konzept handelte, bewies Indira Gandhi mit ihrer flexiblen Interpretation nach Unterzeichnung des »Freundschaftsvertrags« mit der Sowjetunion im September 1971. Mit dem Vertrag sicherte sich New Delhi das sowjetische Veto im UNO-Sicherheitsrat und konnte nun seine Truppen in den ostpakistanisch/bengalischen Krieg entsenden. Faktisch höhle der Vertrag Indiens nach wie vor propagiertes Prinzip der Blockfreiheit aus. Diesen Widerspruch verschleierte Indien in der Folgezeit durch die geschickte Ausgestaltung der neuen Sonderbeziehung zur Sowjetunion.

Indira-/Südasiens-Doktrin: Indiens strategisches Ordnungskonzept für die südasiatische Region wurde 1983 in der sogenannten *Indira-Doktrin* niedergelegt (später in *Südasiens-Doktrin* umbenannt).³¹ Sie wurde als

²⁴ Übersetzt aus: Tanham, *Indian Strategic Culture*, S. 129–130.

²⁵ Übersetzt aus: *Indian Strategic Thought*, Anm. 1, S. 23.

²⁶ Übersetzt aus ebd., S. 50.

²⁷ Übersetzt aus: Jasjit Singh, *Nuclear India*, S. 6.

²⁸ K. Subrahmanyam 1993, übersetzt aus: David Cortright/ Amitabh Mattoo (Hg.), *India and the Bomb. Public Opinion and Nuclear Options*, Notre Dame, Ind. 1996, Anm. 12, S. 20. Zu einer ähnlichen Bewertung gelangte eine SIPRI-Untersuchung, die 40 Jahre indischer Rüstungsbeschaffungspolitik so zusammenfaßte: »weapons are procured as much on an *ad hoc* basis as on the strength of informed debate, forethought and planning.« (Chris Smith, *India's Ad Hoc Arsenal. Direction or Drift in Defence Policy?*, Oxford u.a.: SIPRI, 1994, S. 3.)

²⁹ Tanham beschrieb diese Haltung so: »The lacunae and

ambiguities seem compatible with a culture that encompasses and accommodates readily to complexity and contradiction. They also seem more confusing to Westerners than to Indians, who accept the complexities and contradictions as part of life.« (Zit. aus: Tanham, *Indian Strategic Thought*, Summary, S. V.)

³⁰ Vgl. Citha D. Maaß, *Auswirkungen des Zerfalls der Sowjetunion auf Indien und Pakistan*, in: Werner Draguhn (Hg.), *Asien nach dem Ende der Sowjetunion*, Hamburg 1993, S. 164ff.

³¹ Vgl. Dieter Braun, *Indien als Machtfaktor in Asien. Zielsetzungen nach außen, Begrenzungen nach innen*, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, 1990, S. 60. Vgl. auch Citha D. Maaß (unter Mitarbeit von Georg Bautzmann), *Indien*, in: Veronika Büttner/Joachim

nachträgliche Legitimation des indischen Eingreifens in den tamilischen Separationskampf in Sri Lanka formuliert und zielte darauf ab, Indiens Rolle als regionale Ordnungsmacht in Südasien zu begründen. Daraus leitete Indien den Anspruch ab, daß die Nachbarstaaten im Falle interner Konflikte Indiens um Unterstützung ersuchen sollten – und nicht außerregionale Mächte wie beispielsweise die USA oder China. Obwohl Indien die Prinzipien der nationalen Souveränität, territorialen Integrität und Autonomie in internen Angelegenheiten für sich selbst reklamierete und die Achtung dieser Prinzipien auch ausdrücklich seinen Nachbarn zugesichert hatte, sah es *keinen* Widerspruch darin, wenn es in die internen Belange seiner Nachbarn eingriff, um die »regionale Ordnung« wiederherzustellen.³²

Entwurf einer Nukleardoktrin: Am 17. August 1999 überraschte die interimistisch amtierende BJP-Koalitionsregierung die indische und internationale Öffentlichkeit mit dem Entwurf einer Nukleardoktrin.³³ Auch dieses Konzept war nachträglich ausgearbeitet worden, um Indiens legitimes Recht auf eigene Nuklearwaffen zu begründen, nachdem sich das Land jahrzehntelang als führender Advokat einer globalen Abrüstung profiliert hatte. Die Dimension der angestrebten »minimalen, aber glaubwürdigen Nuklearabschreckung« blieb unklar, denn es wurden nur so vage Bezugsgrößen angeführt wie strategisches Umfeld, technologische Notwendigkeiten und Bedürfnisse der nationalen Sicherheit; auch das Feindbild wurde nicht näher umrissen (non-country specific). Indien folgte einmal mehr seinem konzeptionellen Grundsatz, sich alle Optionen offenzuhalten. Der inhärente Widerspruch zwischen dem offiziell proklamierten Grundcharakter (»Minimal«-abschreckung) und dem angestrebten Fernziel (Aufbau einer Triade nuklearer Streitkräfte)³⁴ wurde mit folgender Argumentation

Krause (Hg.), *Rüstung statt Entwicklung? Sicherheitspolitik, Militärausgaben und Rüstungskontrolle in der Dritten Welt*, Baden-Baden 1995, S. 152.

³² Tanham drückte es noch deutlicher aus: »But the policy does not apply when matters of India's national interest are involved. This may seem like a contradiction to Westerners, but it does not to Indians. The situation decides the policy, and India's interests will always dominate in such circumstances. Where the subcontinent is concerned, pragmatism and self-interest prevail over morality and idealism.« (Zit. in: Tanham, *Indian Strategic Thought*, S. 31.)

³³ Vgl. Citha D. Maaß, *Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept*, in: Werner Draguhn (Hg.), *Indien 2000, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 2000, S. 250ff.

³⁴ Vgl. Draft Report of National Security Advisory Board on

vermittelt: Wenn es die internationale Sicherheitskonstellation erforderlich machen sollte, könne die minimale Nuklearwaffenkapazität ihre Abschreckungsfunktion nur in der maximalen Form einer Triade glaubwürdig erfüllen!

In der Tradition dieses strategischen Verständnisses waren auch die Mitglieder der *strategic community* sozialisiert worden. Sie fungierten als einflußreiche Berater der jeweiligen Regierungen mit privilegierter Stellung. Ihre politische Grundgesinnung hatte George Tanham auf den Begriff gebracht: »Delhi nationalist elite«.³⁵

Zu diesem kleinen Expertenkreis gehörten ehemalige Minister, vorzugsweise Außenminister, führende Ex-Militärs der drei Waffengattungen, Spitzenbürokraten des Außen- und Verteidigungsministeriums, Sicherheitsstrategen aus den elitären politikberatenden Instituten und den beiden Universitäten in New Delhi, ausgewählte sicherheitspolitisch orientierte Journalisten und Geschäftsleute (mit einschlägigen Interessen und Verbindungen) und schließlich die – eher medienscheuen – Wissenschaftler aus dem staatlich finanzierten »militärisch-industriellen Komplex« (besonders der staatlichen Nuklearforschung). Diese Gemeinschaft zeichnete sich durch homogene Interessen und Gesinnungen aus. Es gab kaum intellektuellen Anreiz, sich für konzeptionelle Denkschulen zu begeistern, die vom nationalistischen Mainstream abwichen.³⁶

Die Funktion der *strategic community* bei der Bildung eines nationalen Konsenses läßt sich am Beispiel der Nukleartests im Mai 1998 illustrieren. Der Beschluß, die Tests durchzuführen, wurde im allerengsten Kreis um den Premierminister gefaßt. Anschließend wurden die Nuklearwissenschaftler mit der mehr-

Indian Nuclear Doctrine, 17.8.1999, in: http://www.indianembassy.org/policy/CTBT/nuclear_doctrine_aug_17_1999.html. Als Triade wird das gesamte Spektrum von luft-, land- und seegestützten Nuklearstreitkräften bezeichnet. Lediglich die USA und Rußland besitzen derzeit eine Triade, China baut sie gerade auf, Frankreich begnügt sich mit zwei Elementen, Großbritannien mit nur einem.

³⁵ Vgl. Tanham, *Indian Strategic Thought*, S. 2.

³⁶ Daß nur vereinzelt Kritik an dem ehrgeizigen Vorhaben des Aufbaus einer Triade geäußert wurde, ist nach Ansicht des Politologen Amitabh Mattoo »das Resultat eines jahrzehntelangen Versteckspiels eines zahlenmäßig winzigen Establishments, das im Namen der nationalen Sicherheit eine offene und breite Meinungsbildung verhindert habe.« (Bernard Imhalsy, *Stolz und ratlos. Indien und Pakistan zwei Jahre nach den Atomtests – Fehlende demokratische Debatte*, in: NZZ, 20.5.2000, S. 7.)

wöchigen Implementierung beauftragt. Von der Entscheidung ausgeschlossen waren der Verteidigungsminister, die drei Militäρχefs und der Staatspräsident, die erst unmittelbar vor den Tests informiert wurden.³⁷ Direkt nach den Tests starteten die Medien und die Unterverbände des hindu-nationalistischen Gesamtverbands (*sangh parivar* = Hindu-Familie) eine Kampagne, um die spontane öffentliche Euphorie in dauerhafte nationale Unterstützung umzuwandeln.³⁸

Die offizielle Legitimierung, die dann auch als nationaler Konsens rezipiert werden konnte, lieferten die Sicherheitsstrategen, allen voran die Wissenschaftler des regierungsnahen Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA). Ihre erste umfassende Publikation erschien bereits im Juli 1998.³⁹ K. Subrahmanyam, früherer IDSA-Direktor und unmittelbarer Vorgänger von Jasjit Singh, war später innerhalb der *strategic community* auch die federführende und treibende Kraft im Prozeß der Ausarbeitung des Entwurfs der Nukleardoktrin.⁴⁰ Parallel zu den streng geheimen Beratungen über die Nukleardoktrin wurde eine öffentliche Debatte der Sicherheitsexperten in Fachzirkeln und -zeitschriften mit dem Ziel geführt:

- sicherheitspolitische Gründe für den bereits vollzogenen Schritt über den nuklearen Rubikon nachzuschieben;
- Dimension und Struktur der zukünftigen Nuklearwaffenkapazität zu erörtern.

37 Vgl. Kalpana Sharma, The Hindu Bomb, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 54 (Juli/August 1998) 4, <http://www.thebulletin.org/issues/1998/ja98/ja98sharma.html>. Vgl. auch Maaß, Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen, S. 59.

38 Vgl. die bittere Kritik von Bidwai/Vanaik an dieser orchestrierten Legitimationskampagne in: *dies.*, South Asia on a Short Fuse, S. 51.

39 Vgl. Jasjit Singh, Nuclear India.

40 Das taktische Vorgehen zeichnete sich bereits in der Publikation »Nuclear India« ab. Auf das von Jasjit Singh verfaßte erste Kapitel mit dem Titel »Why Nuclear Weapons« folgte das zweite Kapitel von K. Subrahmanyam »Indian Nuclear Policy – 1964–98«, das mit der Bemerkung eröffnet wurde: »This is a personal recollection of the author on the evolution of the Indian nuclear policy and developments leading to the Shakti tests. ... This has been written in an effort to present a coherent and comprehensive account of the Indian nuclear policy since, in the absence of an authoritative official document, there are considerable dissensions and misperceptions in the country. This narrative cannot do justice to the subject but is intended to bring pressure on the government to publish an official account. In our democratic set-up, the Parliament and the people are entitled to it.« (Zit. aus: Jasjit Singh, Nuclear India, S. 26 [Kursiv C. D. M.])

Bemerkenswert an dieser Debatte war das politische und fachliche Engagement der *strategic community* und einer, allerdings begrenzten, städtischen Elite mit außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Es entwickelte sich nun ein sicherheitspolitischer Diskurs in Indien, der maßgeblich durch Tanhams Strategiestudie und die nachfolgende Kontroverse angestoßen worden war. Darauf wies ausdrücklich K. Subrahmanyam in seiner Einleitung zu Jaswant Singhs Buch mit dem Titel »Defending India« hin:

»In jüngerer Zeit hat George Tanhams provokative Monographie, die von der Rand Corporation veröffentlicht worden ist und derzufolge Indien keine Tradition strategischen Denkens hat, eine sehr gesunde Debatte über Indiens strategische Kultur ausgelöst.«⁴¹

Drei Merkmale charakterisierten den neuen sicherheitspolitischen Diskurs. Zum einen fand er nicht mehr hinter den verschlossenen Türen des exklusiven sicherheitspolitischen Establishments in New Delhi statt, sondern bezog nun eine begrenzte Öffentlichkeit ein, die vage als nationale politische Klasse Indiens bezeichnet werden könnte. Zum zweiten wurde er in einem ebenso *apologetischen* wie *selbstgefälligen* Grundton geführt, verlief im allseits akzeptierten nationalistischen Rahmen und zeigte sich intolerant gegenüber Nukleardissidenten.⁴² Zum dritten wurde er immer mehr durch die ideologische Sicht der Hindu-Nationalisten geprägt. Ihrem spezifischen Verständnis der indischen Nation und kulturellen Tradition war es zuzuschreiben, daß der Diskurs einen *offensiven* Tenor annahm. Die sicherheitspolitische Botschaft der Hindu-Nationalisten fiel in der breiten Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden, weil sie in einer Phase komplexer Bedrohungen der *inneren* Sicherheit nationale Selbstachtung und Stärke verhiel.

Indien mußte in den 90er Jahren nicht nur die grundsätzlich neuen Herausforderungen für seine *äußere* Sicherheit verkraften, sondern auch mit weitreichenden *internen* Problemen fertigwerden: schwere soziale und wirtschaftliche Turbulenzen, tiefgreifende

41 Übersetzt aus: Jaswant Singh, Defending India, Introduction by K. Subrahmanyam, S. X-XI.

42 »Eine nationale Debatte über Pro und Contra Atomwaffen blieb in der Folge aus. Die enormen Kosten, welche der Aufbau eines Kontrollsystems für Atomwaffen einem armen Land aufbürden, lösten kaum Diskussionen aus. Fragen nach den fehlenden Anlagen zum Zivil- und Strahlenschutz werden mit demselben resignierenden Achselzucken beantwortet wie solche nach dem Wahrheitsgehalt der häufigen Berichte über »lecke« Atomkraftwerke.« (Bernard Imhalsy, Stolz und ratlos, in: NZZ, 20.5.2000, S. 7.)

Wirtschaftsreformen, verdeckt organisierte Zusammenstöße zwischen der Hindu-Mehrheit und moslemischen bzw. christlichen Minderheiten, ein konfliktträchtiger Wandel im parteipolitischen Kräfteverhältnis und eine nationale Führungskrise, bedingt durch kurzlebige Vielparteien-Koalitionen.

Paradigmenthese

Diese These verweist auf einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, dessen Vorgeschichte in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Damals begann sich die nationale Befreiungsbewegung gegen die britische Kolonialherrschaft zu formieren. Drei ideologische Richtungen bildeten sich heraus:⁴³

- die *säkulare Richtung*, verkörpert durch den Indischen Nationalkongress, vermittelte die Interessen der gemäßigten Hindus und Moslems; im unabhängigen Indien war sie in Gestalt der Congress-Partei unter der Nehru-Gandhi-Dynastie 40 Jahre lang dominierende Kraft; der unter Rajiv Gandhi Mitte der 80er Jahre einsetzende Niedergang wurde in der darauffolgenden Dekade beschleunigt, da die Partei ihre ideologischen Konturen verloren hatte und organisatorisch verbraucht war;
- die *hindu-kommunistische bzw. hindu-nationalistische Richtung*, verkörpert durch Vorläuferorganisationen und Verbandsorgane der Hindu-Nationalisten (*sangh parivar* = Hindu-Familie), einte die Interessen der extrem rechten Hindu-Kommunisten, die vehement gegen die Teilung Britisch-Indiens kämpften und die zudem die vor Jahrhunderten vom Hinduismus abgefallene Moslem-Minderheit rekonvertieren wollten; bei der Unabhängigkeit Indiens politisch diskreditiert, weil aus ihren Reihen die Mörder Mahatma Gandhis stammten,⁴⁴ erlebte sie ihren politischen Aufstieg in Form der BJP und wurden seit Mitte der 80er Jahre ideologisch rehabilitiert; in den 90er Jahren gelang die Entmachtung der Congress-Partei als wichtigstem Konkurrenten;

⁴³ Vgl. Partha S. Ghosh, *The Rise of Political Hinduism in India. Genesis, Prognosis, and Implications*, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Neuauflage Juli 1996, S. 19ff.

⁴⁴ Vgl. Bernard Imhasly, *Mahatma Gandhi: The Forgotten Saint*, in: NZZ, 4.2.1998, <http://www.nzz.ch/english/background/background1998/background9802/bg980216gandhi.html>.

- die *moslemisch-kommunistisch/separatistische Richtung*, verkörpert durch die Moslem-Liga, vereinte die Interessen der für einen eigenen islamischen Staat eintretenden Moslems; 1947 war ihr politisches Ziel mit der Gründung Pakistans erreicht; sie versagte jedoch ideologisch und politisch, als es darum ging, nach der Unabhängigkeit ein stabiles Staatswesen aufzubauen.

Von den drei ideologischen Richtungen spielte die der moslemischen Separatisten keine Rolle mehr in der Indischen Union nach 1947. Allerdings wirkte die ideologische Konkurrenz als sicherheitspolitisches Problem im Kaschmir-Konflikt nach: Aus pakistanischer Sicht gehört Kaschmir als moslemisches Mehrheitsgebiet zu Pakistan, das erst durch diesen Anschluß vollständig wird; aus indischer Sicht belegt die Zugehörigkeit des mehrheitlich moslemischen Kaschmir zu Indien den säkularen Grundcharakter der indischen Verfassung.

Für das Nationalismus-Verständnis im unabhängigen Indien war die Auseinandersetzung zwischen der Ideologie der Congress-Partei mit jener der Hindu-Nationalisten entscheidend. Die von der Congress-Partei verfochtene Ideologie läßt sich mit den Stichworten »demokratisch, säkular und sozialistisch« umschreiben, wenngleich die beiden Begriffe »säkular« und »sozialistisch« erst 1976 von Indira Gandhi in die Präambel der indischen Verfassung eingefügt wurden.⁴⁵ Insbesondere der Begriff »säkular« konnte politisch kontrovers interpretiert werden, da ihn weder Jawaharlal Nehru noch die späteren Congress-Führer, noch indische Verfassungsrechtler jemals genau definiert hatten.⁴⁶ Dieses Versäumnis erleichterte es den Hindu-Nationalisten im Zuge der späteren

⁴⁵ Vgl. *The Constitution of India as on 1st February 1990*, New Delhi 1990, Kommentar zur Präambel. Im Register der Verfassung tauchen die beiden Stichworte »säkular« und »sozialistisch« nicht auf. Was die indische Verfassung unter »säkular« verstanden haben will, läßt sich nur indirekt aus den Verfassungsartikeln 25-28 (Right to Freedom of Religion) erschließen.

⁴⁶ So wies Partha S. Ghosh darauf hin, daß Nehru den Begriff als »perhaps ... not a very happy one« betrachtete und ihn nur »for want of a better word« verwendete (Partha S. Ghosh, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism. From Periphery to Centre*, New Delhi 1999, S. 159). – Das Congress-Verständnis läßt sich noch am ehesten als Neutralität des Staates in religiösen Fragen umschreiben, zumal es in dem heterogenen Verband der hinduistischen Glaubensrichtungen keine Kirche als Institution gab. Vgl. die grundlegende wissenschaftliche Untersuchung von Donald Eugene Smith, *India as a Secular State*, Princeton 1963, besonders S. 3-8 (What Is a Secular State?).

Aufweichung der Congress-Ideologie seit Mitte der 80er Jahre, die Congress-Politiker als »pseudo secularists« zu diffamieren und sich selbst als Vorkämpfer eines »genuine secularism« darzustellen.⁴⁷

Die Hindu-Nationalisten hatten sich zwar durch die ihnen politisch angelastete Ermordung Mahatma Gandhis ins Abseits manövriert, doch ihre ideologische Anziehungskraft wirkte unterschwellig in den 40 Jahren der Congress-Herrschaft weiter. Nicht als neue ideologische Kraft, wohl aber mit einer neuen politischen Strategie gingen sie in den 80er Jahren in die nun offen ausgetragene ideologische und machtpolitische Auseinandersetzung mit der Congress-Partei.

Ihre Ideologie des »Hindutums« (*Hindutva*) besagt verkürzt, daß »die Nation hinduisiert und der Hinduismus nationalisiert« wurde.⁴⁸ Im Wahlmanifest der BJP wurde daraus der Slogan: »one nation, one people, one culture«. Da nach ihrer Auffassung »Hindu-Nationalismus« ein »anderer Name für indischen Nationalismus« ist, sahen sie die Sicherheit des Staates und die Einheit der Nation im langfristigen Prozeß des *nation building* von anderen Religionen bedroht:

»In der politischen Anwendung bedeutet dies, daß alle Religionen, die ihren Ursprung außerhalb der Grenzen Indiens haben, insbesondere der Islam, die Herausbildung eines indischen Nationalbewußtseins behindern und nicht vertrauenswürdig sind, solange sich ihre Anhänger nicht dem Hindutum [*Hindutva*] in Wort und Tat anschließen.«⁴⁹

Religiöse Gegensätze als sicherheitspolitischer Sprengsatz – es ist nicht leicht, die Wahrnehmung dieser Gefahr im Hinblick auf die heterogene indische Gesellschaft genauer zu bestimmen und sie gegenüber anderen Sicherheitsrisiken zu gewichten: Welche ideologische Interpretation wurde lediglich von dem harten Kern des hindu-nationalistischen Gesamtverbands (*sangh parivar*) propagiert? Was entsprach darüber hinaus dem ideologischen Grundverständnis der hindu-nationalistischen Mehrheit, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Flügeln

oder Unterorganisationen des Gesamtverbands? Welche Sicht wurde von anderen politischen Parteien oder ideologischen Richtungen geteilt? Und schließlich: Was war in den diffusen nationalen Konsens eingegangen und wurde von nationalistisch gesinnten Indern unterschiedlicher politischer Ausrichtung befürwortet?

⁴⁷ Zu der Säkularismus-Kontroverse vgl. u.a. *Ghosh*, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, Kap. IV, S. 146ff. – Das BJP-Verständnis ließ sich auf den Nenner »gleiches Recht für alle« bringen, im Gegensatz zu der Neutralitätsthese des Congress (Hinweis von Clemens *Jürgenmeyer*).

⁴⁸ Clemens *Jürgenmeyer*, *Die indische Union als Hindunation? Der Hindunationalismus als Faktor indischer Politik*, in: Werner *Draguhn* (Hg.), *Indien 1998, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 1998, S. 60ff (71).

⁴⁹ Übersetzt aus: *Ghosh*, *BJP and the Evolution of Hindu Nationalism*, S. 146.

Sicherheitsrisiken und zentrale Sicherheitsinteressen

Übereinstimmung über ideologische und parteipolitische Grenzen hinweg herrscht über die wesentlichen Risiken für Indiens innere und äußere Sicherheit. Das Spektrum dieser Risiken ist außerordentlich breit gefächert.⁵⁰

- *extern*: Bedrohung der territorialen Integrität und Souveränität; Bedrohung durch Nuklearwaffen und ballistische Trägersysteme; Androhung von Handelskriegen; Informationskriegführung; Zugangskontrollen und Verweigerung von Technologie; Absicherung von Regierung und Gesellschaftssystem gegen externe Subversion; grenzüberschreitender Terrorismus; Eindringen von Flüchtlingen und illegalen Einwanderern aus Nachbarstaaten mit internen und zwischenstaatlichen Folgelasten; illegale Waffenlieferungen mit dem Ziel der Verschärfung interner Konflikte;
- *intern*: Aufstände; Terrorismus; Aushöhlung der Verfassung; Sezession und Separatismus; Probleme durch Mißherrschaft; Herausforderungen durch demokratischen Wandel, Modernisierung, Armut, Ungleichheit und Umweltverschmutzung.

Der Katalog weist drei Charakteristika auf:

- zum einen liegt ihm ein vergleichsweise *breit gefaßter Sicherheitsbegriff* zugrunde; neben klassischen Risiken wie Bedrohung des Staatsterritoriums und Nuklearangriff umfaßt er auch – zumindest aus westlicher Sicht – so unkonventionelle Risiken wie Technologierestriktionen im Dual-use-Bereich und Destabilisierungsrisiken infolge demokratischen Wandels;
- zum zweiten fällt die enge *Verflechtung von internen und externen Risiken* auf, was sich aus der besonderen geographischen Lage Indiens erklärte: Indiens Staatsgrenzen waren porös, weil sie oftmals das Siedlungsgebiet von ethnischen Gruppen durchschnitten; das begünstigte grenzüberschreitende Destabilisierungsaktionen; um dieser Gefahr entgegenzuwirken, beanspruchte Indien eine *regional extensiv ausgeweitete Sicherheitssphäre*, in der es sich als Ordnungsmacht verstand;

⁵⁰ Vgl. Sujit Dutta, In Search of New Security Concepts, in: Strategic Analysis, 20 (April 1997) 1, <http://www.idsa-india.org/an-apr-1.html>.

- zum dritten lassen sie darauf schließen, daß das indische *Staatswesen* durch Faktoren wie sozialer Wandel, Folgen ökonomischer Modernisierung und politische Akkommodation rivalisierender Partikularinteressen (regional, religiös und linguistisch) als gefährdet und schutzbedürftig angesehen wird.

In den 90er Jahren hatte die indische Öffentlichkeit insbesondere die internen Risiken (Zusammenstöße zwischen Religionsgemeinschaften und zwischen hoch- und niedrigkastigen Hindus) und die Gefahr grenzüberschreitender Eskalation (Kaschmir) mit wachsender Sorge beobachtet.

Genau diese Ängste griffen die Hindu-Nationalisten ideologisch auf und werteten die Dimension der *inneren* Sicherheit auf. Aber auch in der Definition und Dimension der *äußeren* Sicherheit wurden andere Akzente gesetzt. Beispielhaft sei der Rekurs auf Indiens Sonderstatus als jahrtausendealte Kultur-nation genannt, der dazu diente, den indischen Anspruch auf eine führende Rolle im internationalen System mitzubegründen. Aus der »Vision« Indiens als eines zukünftigen *global player* und einer führenden Industriegroßmacht leitete sich ein Sicherheitsbegriff ab, der wirtschaftliche Dynamik und nationale Entscheidungsautonomie als zentrale Sicherheitsinteressen verstand.

Die Bedeutung von Staat und Nation

Als Antwort auf die vielschichtigen internen Risiken leiteten die Hindu-Nationalisten aus dem Kernbegriff »Staat« ein umfassendes ideologisches Konzept ab, in das kollektive Erinnerungen an erlittene Eroberungen und Kolonisationen einfließen. Daß sich die Inder den Eroberern nicht erfolgreich widersetzt haben, wurde auf die innere Zerrissenheit und Uneinigkeit zurückgeführt, eine Folge der ständigen Machtkämpfe zwischen den unzähligen Fürsten.⁵¹ Aus diesem

⁵¹ »At the strategic level, the leadership was composed of disunited tribal leaders, and thus, in consequence, ›divided we fell‹. This aspect of lack of unity is a point that has been made often. In turn this was in itself both a cause and a consequence. Disunity was amongst the principal causes that resulted in conquest and military defeat, yet it was an inevit-

Versagen erwachsen unterschwellige Minderwertigkeitsgefühle und ein durch die nationale Demütigung verletzter Stolz. Außerdem hatte die innere Zerrissenheit verhindert, daß sich ein territorial definiertes Staatswesen herausbilden konnte. Um das auf die insofern unrühmliche Vergangenheit fixierte kollektive Trauma zu überwinden, überhöhte die BJP Kernbegriffe wie Nation, Staat und Souveränität im Kontext der *Hindutva*-Ideologie.

Daß sich Indien mit der Aufwertung dieser Begriffe durchaus in Gegensatz zu westlichen Wertvorstellungen stellte, die im Zeichen einer zunehmenden Globalisierung standen, räumte der BJP-Politiker und spätere Außenminister Jaswant Singh selbstbewußt ein:

»Es ist keine sehr modische Kategorie, dieser Nationalismus oder diese Souveränität. In der aktuellen Epoche der Globalisierung, der erodierenden Souveränitäten, müssen wir natürlich die meisten unserer Vorstellungen überprüfen. ... Jedoch zu folgern, daß der Staat bedeutungslos und daß Nationalismus gestorben ist, wäre voreilig. Nationalismus bleibt ein Ausdruck für die Stärke und die Willenskraft eines Volkes, eben das inspirierende Gefühl, das den Bürger dazu veranlaßt, über das eigene Selbst hinauszuschauen.«⁵²

Konsequenterweise wies die BJP dem Staat mit seinen notwendigen Machtansprüchen eine zentrale sicherheitspolitische Rolle zu. Dadurch konnte auch der Kernthese von Tanham begegnet werden: »Ein funktionsfähiger und sich selbst behauptender Staat ist eine Grundvoraussetzung für strategisches Denken und dessen Herausbildung.«⁵³ Wo kein Staat existierte und kein Staatsterritorium zu verteidigen war, konnte auch keine Strategietradition entstehen – somit war Indien von dem Vorwurf fehlenden strategischen Denkens entlastet. Psychologisch war das für das Selbstverständnis des sicherheitspolitischen Establishments wichtig, hatte Tanham mit seiner Studie doch einen empfindlichen Nerv der indischen Selbstwahr-

able consequence of the absence of an Indian state; of a sense, therefore, of the territorial geography of such a state; an absence, too, of a sense of history which otherwise would have carried the lessons of the past.« (Jaswant Singh, *Defending India*, S. 15.)

⁵² Übersetzt aus: Jaswant Singh, *What Constitutes National Security in a Changing World Order? India's Strategic Thought*, Juni 1998 (Center for the Advanced Studies of India [CASI], University of Pennsylvania, Philadelphia [Hg.], CASI Occasional Paper No. 6), <http://www.sas.upenn.edu/casi/reports/singhpaper.html>.

⁵³ Übersetzt aus: ebd.

nehmung getroffen.⁵⁴ Weil ein territorial definiertes Staatswesen in der Vergangenheit gefehlt hatte und das nationale Selbstbewußtsein periodisch durch immer neue Eroberungswellen geschwächt wurde, mußte die Zugehörigkeit zur Nation als emotional einigendem Band auf die gemeinsamen kulturellen Werte und die gemeinsame kulturelle Geschichte gegründet werden.⁵⁵ Auf die so verstandene kulturelle Größe der indischen und im Sinne der *Hindutva*-Ideologie hinduistischen Nation konnte jeder Bewohner innerhalb des gemeinsamen Kulturraums (= indischer Subkontinent) stolz sein.

Die Tatsache, daß Indien erst seit 1947 als unabhängiger Staat mit eigenem Territorium besteht, erhöht die Bedeutung des jetzigen Staatswesens. Vordringlichste Aufgabe der indischen Regierungen mußte es sein, diesen Staat mit seinem Territorium zu schützen. Dazu mußte der Staat im Innern einig sein; nationale Symbole wie beispielsweise die Nukleartests sollten die spannungsreiche heterogene Gesellschaft im Stolz auf die eigene nationale Größe vereinen. Und nach außen hatte der Staat stark zu sein und mußte fremde Mächte daran hindern, indisches Territorium anzugreifen und sich in Indiens innere Angelegenheiten einzumischen.

Pakistan und China als größte Bedrohung

Aus Sicht der BJP-geführten Koalitionsregierung ging das größte Bedrohungspotential von China und Pakistan aus. Das galt um so mehr, wenn beide Staaten im sicherheitspolitischen und nukleartechnologischen Bereich zusammenarbeiteten.

Pakistan: Beispiel einer neuen Risikodimension

Die von Pakistan ausgehende Bedrohung versetzte Indiens Sicherheitsexperten in ein konzeptionelles Dilemma: Da die Trennlinie zwischen internen und externen Konfliktfaktoren nicht randscharf gezogen

⁵⁴ Jaswant Singh relativierte denn auch explizit Tanhams Aussage: »That is why conclusions such as those of George Tanham, widely disseminated throughout the international strategic community, did not seem to greatly surprise or even pain anyone in India. Nor did it result in any other reaction, even one of correction. The implications, however, of this seeming inability of a people of great antiquity and cultural resilience are grave and cannot be escaped.« (Ebd.)

⁵⁵ Vgl. ebd.

werden konnte, herrschte unter den indischen Politikern meist Uneinigkeit über die angemessene Strategie zur Konfliktschärfung. Sollte man primär bei den *innenpolitischen* Ursachen ansetzen oder sich auf eine Reduzierung der *äußeren* Einwirkung konzentrieren, indem man Druck auf die Regierung im Nachbarland ausübte?

Konzeptionell hätte eine Doppelstrategie nahegelegen. Statt dessen kam ein machtpolitischer Faktor ins Spiel, der eine Verlängerung der Konflikte begünstigte. Aufgrund der indischen Übermacht in Südasien neigten die Regierungen in New Delhi dazu, die äußere Dimension zu isolieren und sie zur eigentlichen Bedrohung hochzustufen.⁵⁶ Entsprechend wurde der interne Restkonflikt zu einem bloßen *law-and-order*-Problem abgewertet, das durch den Einsatz regulärer indischer Truppen und paramilitärischer Einheiten gelöst werden sollte – statt durch Diplomatie am Verhandlungstisch. Daß Indien mit dieser Strategie nicht wirklich erfolgreich war, bewies der Kaschmir-Konflikt, der jahrzehntelang weiter schwelte.

Spätestens der Kargil-Krieg im Sommer 1999 deckte auf, daß die von Pakistan ausgehende Destabilisierung eine neue Bedrohungsdimension angenommen hatte. In dem vielschichtigen Kaschmir-Konflikt hatte sich die Militanz, die seit Ende 1989 zunächst nur die einheimischen Moslem-Kaschmiris im indischen Kaschmir-Tal ausgezeichnet hatte, qualitativ verändert. Im Kargil-Krieg konnte nämlich die indische Regierung erstmals konkret nachweisen, daß auch Angehörige von regulären und Sondereinheiten der pakistanischen Armee beteiligt waren. Außerdem konnte New Delhi belegen, daß Mitglieder von radikalen islamistischen Untergrundgruppen mitgekämpft hatten, die in afghanischen Trainingslagern ausgebildet worden waren. Diese Lager wurden von einer unheiligen Allianz zwischen dem Taliban-Regime und international operierenden islamistischen Netzwerken betrieben.

Die von Pakistan gesteuerten Guerillaaktivitäten im indischen Kaschmir-Tal gingen immer stärker in grenzüberschreitende terroristische Aktionen nicht-staatlicher Akteure über. Auf diese neue Risikodimen-

sion hatte die BJP-Koalitionsregierung keine einheitliche Antwort. Eine Linie sah vor, Pakistans Verwicklung in islamistischen Terrorismus zu brandmarken, um die Militärführung international zu ächten und deren Isolation noch zu vertiefen. Eine andere Linie lief darauf hinaus, den multidimensionalen indisch-pakistanischen Konflikt auf ein terroristisches Problem zu reduzieren. Die Vertreter einer dritten Linie spielten die von Pakistan ausgehende Bedrohung herunter und gaben sich überzeugt, daß Indien diesem Sicherheitsrisiko durchaus gewachsen sei, da es seine militärische Überlegenheit mit den Nukleartests und dem erfolgreichen Ende des Kargil-Kriegs eindeutig bewiesen habe.

Letztlich verbarg sich hinter diesen widersprüchlichen Reaktionen tiefe Enttäuschung über den politischen Betrug, dessen Opfer Indien geworden war. Im Februar 1999 hatte Premierminister Vajpayees symbolträchtige Busdiplomatie zur Unterzeichnung der Erklärung von Lahore⁵⁷ geführt, die Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des indisch-pakistanischen Dialogs aufkeimen ließ. Im nachhinein stellte sich heraus, daß die pakistanische Armeespitze zu diesem Zeitpunkt bereits mitten in der heimlichen Vorbereitung der Kargil-Infiltration stand. Inwieweit der damals noch amtierende zivile Premierminister Nawaz Sharif in die Geheimaktion eingeweiht war, blieb umstritten.

Seitdem lehnt Indien jegliche politischen Verhandlungen ab. In Ermangelung einer politischen Strategie gegenüber Pakistan, doch voller Sorge über die von dem instabilen Nachbarstaat ausgehende Gefährdung setzt Indien auf militärische Abschreckung und rüstet umfassend auf, ohne Pakistan offen als Hauptbedrohung zu benennen.

China: Schlüssel zu Indiens erweitertem Sicherheitskonzept

Dagegen dürften die ambivalenten Äußerungen über die von China ausgehende Bedrohung zu einer gezielten Strategie gehören, die Chinas Mißtrauen gegenüber Indiens langfristigen Ambitionen beschwichtigen sollte. Insofern neigten indische Regierungsvertreter dazu, das chinesische Bedrohungspotential herunterzuspielen und den sich abzeichnen-

⁵⁶ Indira Gandhi brachte das auf die populistische Formel: Das »foreign hand syndrome« sei für die Eskalation ethnischer Konflikte verantwortlich. Seitdem geisterte diese Formel durch die öffentliche Diskussion. Auch seit dem Kargil-Krieg griffen indische Politiker darauf zurück und lasteten pauschal Pakistan und dem pakistanischen Militärsicherheitsdienst ISI (Inter-Services Intelligence) verschiedene lokale Unruhen und Anschläge an.

⁵⁷ Vgl. Christoph Müller, Außenpolitik im Berichtsjahr (März 1998–April 1999), in: Werner Draguhn (Hg.), Indien 1999, Hamburg 1999, S. 122ff.

den Interessengegensatz ebenso wie die unterschwellige Rivalität mit China zu verschleiern.

Tatsächlich bildet China den entscheidenden Bezugspunkt für Indiens langfristige außen- und sicherheitspolitische Vorstellungen.⁵⁸ Die im kollektiven Denken der Inder immer noch gegenwärtige Demütigung durch die Niederlage im China-Krieg 1962 ließe sich, so die Vorstellung, angemessen kompensieren, wenn Indien im internationalen System endlich den gleichen Status wie China erringen würde. Dazu gehörten ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat mit Vetorecht und Aufnahme in den exklusiven Kreis der Nuklearwaffenmonopolisten. Statusgleichheit wäre nach dem Verständnis der Hindu-Nationalisten auch deshalb angemessen, weil Indiens Kultur (civilisation) ähnlich alt und hochstehend ist wie diejenige Chinas.

Daß China für Indiens Sicherheitsinteressen eine Schlüsselrolle spielt, läßt sich anhand der Diskussion aufzeigen, die unter indischen Sicherheitsstrategen über den Entwurf der Nukleardoktrin und die zukünftige Struktur der Nuklearbewaffnung geführt wurde. Noch zum Zeitpunkt der Nukleartests wurde die nuklearpolitische Kooperation zwischen China und Pakistan als Legitimation herangezogen, wurde China als potentielle Bedrohung Nummer 1 bezeichnet.⁵⁹ Kurz darauf gab Premierminister Vajpayee die seitdem gültige Parole aus, die auch vom nationalen Sicherheitsberater, Brajesh Mishra, bei der Bekanntgabe des Entwurfs der Nukleardoktrin wiederholt wurde: Indiens nukleare Bewaffnung sei »non-country specific«. ⁶⁰ In direktem Gegensatz dazu stand der Tenor der nuklearpolitischen Insiderdebatte seit den Tests. Sie ließ eindeutig erkennen, wen Indien als eigentliche Bezugsgröße für seine künftige Nuklearwaffenkapazität ansah: China. Dessen Gesamtpotential, die Struktur seiner Nuklearstreitkräfte und die quantitative Aufstockung der nuklearen Sprengköpfe dienten den indischen Sicherheitsstrategen als konzeptionelle Fixpunkte.⁶¹

Im Entwurf der Nukleardoktrin sollte das Sicherheitsinteresse nach dem Willen der Regierung möglichst eng gefaßt und an den klassischen Begrün-

dungen der offiziellen Nuklearwaffenstaaten (besonders der USA) ausgerichtet werden. Dagegen sollten weiterreichende Interessen wie Staterhöhung, sicherheitspolitische Souveränität und wirtschaftlich-technologische Autonomie heruntergespielt werden. Anlässlich der Offenlegung seiner nuklearen Bewaffnung argumentierte Indien, daß es eigene Nuklearwaffen besitzen müsse, um sein jahrzehntelanges Engagement für eine »nuclear weapon-free world«⁶² erfolgreich weiterzuführen.

Tatsächlich gab es drei zentrale Sicherheitsmotive, die Indien zum Aufbau einer Nuklearwaffenkapazität und entsprechender ballistischer Trägersysteme veranlaßt hatten:⁶³

- *klassisches Motiv*: das strategische Erfordernis, eine nukleare Bedrohung durch eigene Vergeltungskapazität abzuwehren; auf den nuklearen Ersteinsatz wurde ausdrücklich verzichtet;
- *Staterhöhung*: das politische Erfordernis, das Monopol der fünf allein und permanent legitimierten Nuklearwaffenstaaten zu brechen und selbst Mitglied im exklusiven Club zu werden; leitend war die Erkenntnis, daß Nuklearwaffen Attribute einer internationalen Großmacht sind, die Indiens Aufstieg beschleunigen würden;
- *Entwicklung und uneingeschränkte Wirtschaftsdynamik*: das entwicklungspolitische Erfordernis, den Ausbau eigener Forschungs- und Wirtschaftskapazitäten nicht durch internationale Restriktionen zu gefährden und die zivile Nuklearforschung zu fördern, die infolge des nuklearen Exportkontrollregimes benachteiligt war.

Wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Großmachtstatus

Das Ende des Kalten Kriegs zwang alle Staaten, ihre Sicherheitskonzepte neu zu definieren. Das galt auch für Indien, das besonders durch den Zerfall der Sowjetunion, seines langjährigen Sicherheits- und Wirtschaftspartners, betroffen war. Ähnlich wie die westlichen Staaten erweiterte auch Indien sein Sicherheits-

⁵⁸ Vgl. dazu Maaß, Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen, S. 59ff.

⁵⁹ Vgl. Fernandes, National Security and the Role of the Media, <http://www.idsa-india.org/an-sep8-1.html>.

⁶⁰ Vgl. Opening Remarks by National Security Adviser Mr. Brajesh Mishra at the Release of Draft Indian Nuclear Doctrine, <http://www.meadev.gov.in/govt/indnuclid.htm>.

⁶¹ Vgl. Maaß, Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept, S. 260ff.

⁶² Zit. aus: Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine, Para 8.1, http://www.indianembassy.org/policy/CITBT/nuclear_doctrine_aug_17_1999.html.

⁶³ Vgl. Maaß, Indiens ehrgeiziges Nuklearkonzept, S. 251–252; dort auch die Angabe der jeweiligen Paragraphen in der Nukleardoktrin mit ihren vorder- und hintergründigen Bedeutungen.

konzept um wirtschaftliche Aspekte. Die Energiesicherheit, der international immer mehr Bedeutung beigemessen wird, dürfte in Indien in naher Zukunft zu einem der zentralen Sicherheitsbedürfnisse werden. Darauf deuten Äußerungen hin wie die von Jaswant Singh: »Energy is security; deficiencies in this critical sector comprise national security.«⁶⁴

Im Zuge der allseits zu beobachtenden Erweiterung des Sicherheitsbegriffs bezog Indien im Unterschied etwa zu den Staaten Westeuropas ein breiteres Spektrum an Sicherheitsrisiken ein, darunter spezifische Gefährdungen seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus setzte es eigene Akzente, die durch seinen ordnungspolitischen Ehrgeiz bestimmt waren.

Darin kam auch die unterschiedliche Interessenslage von etablierten Industriestaaten wie beispielsweise der globalen Führungselite G8 einerseits und von internationalen Aufsteigern wie Indien oder China andererseits zum Ausdruck. Während für Indien der uneingeschränkte Zugang zu erschwinglichen und langfristig gesicherten Energieressourcen, zu internationaler technologischer Spitzenforschung oder zum besonders sensiblen Dual-use-Bereich essentieller Bestandteil seines revidierten Sicherheitskonzepts wurde, hatten westliche Staaten, die nicht unter sicherheitspolitisch bedingten Importrestriktionen litten, Vorbehalte gegen die Integration dieser Komponente in einen erweiterten Sicherheitsbegriff.

Aber auch China maß der »Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle für die Sicherheit eines Landes« bei.⁶⁵ Für Indien formulierte das exemplarisch der indische Außenminister Jaswant Singh in seiner Rede in Berlin im Januar 2001:

»Wenn man sich nationale Sicherheit in seiner Gesamtheit anschaut, ist wirtschaftliche Sicherheit der Dreh- und Angelpunkt: Vitalität, Wachstum und Dynamik [der Wirtschaft] wird zum hauptsächlich

Sicherheitsimperativ. Wirtschaftliche Stärke ist jedoch unmöglich ohne industrielle Produktionsleistung, die wiederum nicht ohne Energie und ohne technologische Parität möglich ist. All dies sind entscheidend wichtige Sicherheitsanliegen.«⁶⁶

Aus westlicher Sicht ungewohnt war die spezifische Verbindung, die Indien zwischen Nuklearrüstung, nationaler Souveränität und ungehinderter Wirtschaftsdynamik herstellte. Im Entwurf der Nukleardoktrin hieß es dazu:

Para 1.3: »Entscheidungsautonomie in Entwicklungsprozessen und in strategischen Angelegenheiten ist ein unveräußerliches demokratisches Recht des indischen Volkes. Indien wird dieses Recht energisch verteidigen in einer Welt, in der danach gestrebt wird, Nuklearwaffen auf unbegrenzte Zukunft für wenige Auserwählte zu legitimieren, und in der mit wachsender Komplexität und Häufigkeit Gewalt für politische Zwecke eingesetzt wird.«

Para 1.4: »Indiens Sicherheit ist eine integrale Komponente seines Entwicklungsprozesses.«⁶⁷

Die reklamierte Entscheidungsfreiheit dokumentierte sich aus indischer Sicht im Aufbau einer Nuklearkapazität, die Indien vor internationaler Erpressung schützen sollte. Auch in Indien hatte man begriffen, daß die Wirtschaftskraft zunehmend über den Einfluß eines Staates im internationalen System bestimmte: »Die wichtigste globale Dynamik ist jetzt wirtschaftlicher Art, unterstützt von und interdependent mit technologischer Innovation.«⁶⁸ Da Indien jedoch nur über begrenzte Ressourcen verfügte, sah es sich in einem Dilemma:

»Unsere Wahl besteht nicht zwischen Sicherheit und Wirtschaftswachstum; tatsächlich erlangen wir *Sicherheit durch Wirtschaftswachstum*. Wir können das eine oder das andere wählen, weil sie interdependent sind. Wir müssen nationale Sicherheit durch ein dynamischeres und effizienteres Wirtschaftswachstum erreichen. Ich will mich nicht an sterilen Debatten über »Verteidigung versus Entwicklung« beteiligen; wir haben schlicht und einfach nicht diese Option. Die

⁶⁴ Zit. aus: Jaswant Singh, What Constitutes National Security in a Changing World Order?, S. 10. Das Zitat entnahm er dem von ihm selbst verfaßten Report of the Parliamentary Committee on Energy.

⁶⁵ Zit. aus: Pan Zhenqiang, Chinas neues Sicherheitskonzept, in: KAS Auslandsinformationen, (2000) 11, S. 35. Der Autor fährt fort: »Als Entwicklungsland ist China um so mehr darauf bedacht, diesem wirtschaftlichen Aspekt der Sicherheit seiner lebenswichtigen Bedeutung entsprechend Rechnung zu tragen. Falls das Land nicht in der Lage sein sollte, ein beständiges wirtschaftliches Wachstum als zuverlässige materielle Grundlage für die Stärkung des Landes im Allgemeinen wie auch für die Verbesserung des durchschnittlichen Lebensstandards sicherzustellen, kann es auch in Zukunft kein nennenswertes Maß an Sicherheit geben.«

⁶⁶ Übersetzt aus: Jaswant Singh, India's Perspective on International and Regional Security Issues, Rede auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin, 17.1.2001.

⁶⁷ Übersetzt aus: Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine, http://www.indianembassy.org/policy/CTBT/nuclear_doctrine_aug_17_1999.html.

⁶⁸ Übersetzt aus: Jaswant Singh, What Constitutes National Security in a Changing World Order?, S. 6.

Herausforderung für Indien ist die Antwort auf folgende Frage: Wie können beide in komplementäre Kategorien verwandelt werden?⁶⁹

Da sich Sicherheit und Wirtschaftskraft gegenseitig bedingten, sah die indische Regierung in der Gefährdung der wirtschaftlichen Dynamik ein Sicherheitsrisiko. Konzeptionell damit verbunden war das Interesse, auch im wirtschaftlichen Bereich uneingeschränkt über eine als optimal erachtete Ressourcenverteilung entscheiden zu können. Damit die Wirtschaftskraft nicht durch internationale Restriktionen an ihrer dynamischen Entfaltung gehindert wurde, hielt die indische Regierung an einer Leitlinie fest, die bereits die Gründungsväter der Indischen Union geprägt hatten: soweit als möglich sollten sich Produktion und technische Innovation auf einheimische Kräfte und Technologien stützen.⁷⁰

Da Wirtschaftskraft zugleich als neuer Machtparameter fungierte, sah die Regierung in der wirtschaftlichen Dynamik den Motor, der Indien in eine internationale Großmacht verwandeln sollte. In dem Moment, in dem Indien als Industriegroßmacht anerkannt würde, hätte es auch den Status einer internationalen Großmacht (*great power*) erreicht.

69 Übersetzt aus: ebd. [Hervorhebung C.D.M.]

70 Vgl. Ajay Singh, Self-Reliance in Indian Defence, in: Strategic Analysis, 22 (Juni 1998) 3, <http://www.idsa-india.org/an-jun8-2.html>: »The self-reliance model adopted in practice by India can best be described as one that fundamentally relied on diversification in the sources of weapons and military technology, while working on establishing and expanding the indigenous base for design, development, and manufacture of weapons and equipment.« »The Indian Government has announced a self-reliance initiative that aims to increase the level of indigenisation content from 30 per cent in 1995 to 70 per cent in 2005.«

Ausweitung der Sicherheitssphäre und polyzentrisches Ordnungssystem

Indiens Sicherheitskonzept war *dynamisch* angelegt und auf eine Änderung des aktuellen ordnungspolitischen Status quo ausgerichtet. Wichtiges Vehikel dieser Dynamik war die Ausweitung des strategischen Umfelds, das mit seinen wahrgenommenen Bedrohungen den abgesteckten Planungsrahmen für Größe und Struktur der angestrebten konventionellen, nuklearen, ballistischen und maritimen Verteidigungskapazitäten legitimierte.

Die wesentliche konzeptionelle Vorarbeit leisteten K. Subrahmanyam und Jasjit Singh, die beiden IDSA-Direktoren, indem sie folgende Begriffe in das Zentrum der Überlegungen rückten:

- K. Subrahmanyam faßte in dem Begriff »polyzentrisches System« die Zielvorstellung zusammen, die gleichermaßen Voraussetzung für Indiens Aufstieg zu einem *global player* sein sollte wie auch dessen Ergebnis;
- Jasjit Singh führte den Begriff »südliches Asien« ein, der auf die sicherheitspolitische Strategie verwies, mit der das außenpolitische Fernziel erreicht werden sollte.

Indien sollte nach dieser Vorstellung schrittweise seine Sicherheitssphäre ausdehnen und darin nachdrücklich seine als legitim erachteten nationalen Sicherheitsinteressen vertreten. Da mit der geographischen Ausweitung auch das Potential der Bedrohungen wuchs, mußte Indien seine nationalen Verteidigungskapazitäten ausbauen, um seinen Einfluß in der ausgedehnten Sicherheitssphäre politisch geltend zu machen und seinen Status als Ordnungsmacht durch militärische Machtprojektion zu untermauern.

Sollte das derzeitige Wirtschaftswachstum anhalten, erneut durch die jüngsten Reformen der BJP-geführten Koalition angekurbelt, würden sich Indiens Aufstieg zu einer Industriegroßmacht und seine wachsende sicherheitspolitische Durchsetzungsfähigkeit (*become more assertive*) gegenseitig ergänzen und in dynamischer Wechselwirkung verstärken. Da wichtige internationale Versorgungsrouten durch den Indischen Ozean führten, beabsichtigte Indien, aufgrund seiner geostrategischen Lage in die Rolle einer Ordnungsmacht in diesem Subsystem des Pazifischen Ozeans hineinzuwachsen. Dazu benötigte es zusätzliche strategische Kapazitäten und Machtattribute.

Die Strategie der Ausweitung des strategischen Umfelds setzte bei dem Argument an, daß Indiens Sicherheitssphäre längst über die Region Südasiens hinausgewachsen war.⁷¹ Geopolitisch wurde Südasiens seit Anfang der 80er Jahre mit den sieben Mitgliedstaaten der neu gegründeten South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) gleichgesetzt: Indien, Pakistan, Bangladesh, Nepal, Sri Lanka, Bhutan und Malediven. Wenn aber die indische Sicherheitssphäre über die Grenzen der SAARC-Region hinausreichte, war für Indien auch die Südasiens-Doktrin überholt, die seine Ordnungsrolle auf die südasiatische Region begrenzte. Wie groß die Region war, in der Indien seine vielfältigen Sicherheitsinteressen geltend machte, erläuterte Kapil Kak vom IDSA:

»Indiens regionalbezogene Außenpolitik, wie sie sich aus seiner nationalen Sicherheitsdoktrin ergibt, sollte das Südliche Asien statt des strategisch definierten Südasiens einschließen. Unsere strategischen Grenzen erstrecken sich zweifellos weit über die geographischen Grenzen hinaus und umfassen womöglich die gesamte Region des Indischen Ozeans, von der Südasiens lediglich ein Subsystem ist. [...] Unsere maritimen Interessen beruhen auf der Notwendigkeit, Sicherheit zu gewährleisten für unsere 500 Inseln, die 7600 km lange Küstenlinie, die Kohlenwasserstoffvorkommen im Meeresboden, die drei Millionen Quadratmeilen Exklusivzone und die Seerouten, die uns mit den Ressourcen für 90% unseres Handels einschließlich der für die Entwicklung kritischer Energiezufuhr versorgen.«⁷²

Jasjit Singh steckte die Grenzen noch weiter. Nach seinem Verständnis reichten Indiens derzeitige (!) Sicherheitsinteressen vom Persischen Golf im Westen bis Südostasien im Osten: »Darüber hinaus muß die

⁷¹ »A growing number of Indian analysts, commentators and foreign policy pundits appear to be convinced that South Asia is no longer the appropriate frame of reference to understand the national security interests of India.« (Zit. aus: Chintamani Mahapatra, Major Post-Cold War Trends in India's Neighbourhood, in: Strategic Analysis, 23 [June 1999] 3, <http://www.idsa-ind.org/an-jun9-2.html>.)

⁷² Zit. aus: Kapil Kak, Management of India's Security and Higher Defence – I, in: Strategic Analysis (New Delhi), 22 (Juni 1998) 3, <http://www.idsa-india.org/an-jun8-1.html>.

Aufmerksamkeit auf das 19 Staaten umfassende Südliche Asien (einschließlich Zentralasien, der Persischen Golfregion, Südasiens, Nördlicher Indischer Ozean und Südostasien) und dessen strategische Zukunft gerichtet werden.«⁷³

Und aus anderen Äußerungen ging hervor,⁷⁴ daß die indische Sicherheitssphäre für Singh von Israel und dem Persischen Golf im Westen über Zentralasien und das südliche Rußland im Norden bis zum südlichen China im Nordosten, den ostasiatischen Randregionen des Pazifik im Osten und den Seerouten durch den Indischen Ozean im Süden reichte.

Damit Indien seiner politischen Rolle in dieser umfassenden Region auch gerecht werden kann, entwerfen Mitglieder des sicherheitspolitischen Establishments bereits Rüstungs- und Finanzierungspläne für einen umfassenden Auf- und Ausbau insbesondere der ballistischen Trägersysteme und der (vernachlässigten) Hochseeflotte. In einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren sollen die Kapazitäten qualitativ verbessert und quantitativ aufgestockt werden. In diesen Kontext gehört auch der im Entwurf der Nukleardoktrin genannte Aufbau einer »Triade an land-, luft- und seegestützten Trägersystemen« – ein ehrgeiziges Fernziel, mit dem es Indien durchaus ernst ist.⁷⁵ Ziel dieser konzertierten Aufstiegsstrategie Indiens soll eine grundsätzliche Neuordnung des internationalen Systems sein. Unter den gegebenen Bedingungen strebt Indien eine polyzentrische Struktur an.

Im bipolaren Machtsystem während des Kalten Kriegs war Indien insofern der lachende Dritte, als es optimalen Nutzen aus seiner besonderen Freundschaft mit der ehemaligen Sowjetunion und seiner langjährigen Führungsrolle in der Blockfreienbewegung gezogen hatte. Nach Ende des Kalten Kriegs bildete

sich zunächst ein unipolares System heraus, in dem die USA, die sich mitunter als »the world's sheriff«⁷⁶ gebärdete, als einzige Supermacht verblieb. Die Option, als strategischer Juniorpartner der USA zu einer Großmacht aufzusteigen, bestand für Indien aus grundsätzlichen Erwägungen nicht. Denn es wollte seine nationale Souveränität nicht aufgeben, um einer militärischen Allianz beizutreten.⁷⁷ Das alternative »best case scenario« war aus indischer Sicht angesichts des eigenen Entwicklungsstandes unrealistisch: nämlich als zweite Supermacht ein Gegengewicht zu den USA in einem neuen bipolaren System zu bilden.

Eine dritte Option, die sich in den ausgehenden 90er Jahren abzeichnete, mußte Indien wiederum als »worst case scenario« erscheinen. Die gerade zum Zeitpunkt der indischen Nukleartests besonders deutliche Annäherung zwischen der USA und China drohte zu einem neuen bipolaren System im Zeichen eines »US-China condominium« zu führen.⁷⁸ Um dem entgegenzuwirken, bot sich Indien den USA als demokratische Alternative zum autoritär regierten China an. Allerdings war man in New Delhi realistisch genug, den Unterschied der Gewichtsklassen zu sehen: China konnte als kommende Supermacht, Indien vorläufig nur als kommende Großmacht eingestuft werden. So mußte Indien nach einer weiteren Alternative Ausschau halten.

Als Ansatzpunkt diente die Annahme, daß sich die internationale Macht im 21. Jahrhundert nach Asien verlagern werde; dort würden sich die meisten neuen Machtzentren bilden. Dabei war aufschlußreich, wen indische Sicherheitsstrategen wie Jasjit Singh zu den asiatischen Mächten zählten, nämlich »China, Rußland, Indien, Pakistan, Israel und die USA.«⁷⁹ Ähnlich formulierte Verteidigungsminister George Fernandes: »Das kommende Jahrhundert wird ein asiatisches Jahrhundert sein, und zwar deshalb, weil von allen Regio-

73 Zit. aus: Jasjit Singh (Hg.), *Asian Security in the 21st Century*, New Delhi 1999, Introduction, S. V.

74 Vgl. z.B. Jasjit Singh, *Missile Threats in Southern Asia: An Indian Perception*, in: Otfried Ischebeck/Goetz Neuneck (Hg.), *Co-operative Policies for Preventing and Controlling the Spread of Missiles and Nuclear Weapons*, Baden-Baden 1996, S. 104.

75 In Para 3.1 des Entwurfs heißt es: »India's nuclear forces will be effective, enduring, diverse, flexible, and responsive to the requirements in accordance with the concept of credible minimum deterrence. These forces will be based on a triad of aircraft, mobile land-based missiles and sea-based assets in keeping with the objectives outlined above. Survivability of the forces will be enhanced by a combination of multiple redundant systems, mobility, dispersion and deception.« (Draft Report of National Security Advisory Board on Indian Nuclear Doctrine, 17.8.1999, in: http://www.indianembassy.org/policy/CTBT/nuclear_doctrine_aug_17_1999.html.)

76 Zit. aus: Inder Malhotra, *Security Issues in Southern Asia*, in: *Strategic Analysis*, 20 (Mai 1997) 2, <http://www.idsa-ind.org/an-may-4.html>.

77 Vgl. dazu Jasjit Singh: »Since India will not join another country in a military alliance, this insurance policy has to be autonomous and based on self-reliance.« (Jasjit Singh, *Nuclear India*, S. 19.)

78 »The United States has sought China's cooperation in imposing a non-proliferation order in South Asia and in managing Asian security in general. In essence, the US-China condominium or tensions are likely to generate difficult choices for India and its security in future.« (Ebd., S. 18.)

79 Jasjit Singh, *Towards a Safer Asia: An Indian Perspective*, in: *Strategic Analysis*, 23 (April 1999) 1, <http://www.idsa-ind.org/an-apr9-1.html>.

nen der Welt dort die größten sozio-ökonomischen Veränderungen stattfinden, und auch deshalb, weil dort fünf von sechs Machtzentren liegen – nämlich die USA, Japan, China, Indien, die EU und Rußland.«⁸⁰

Das letzte Zitat belegt beispielhaft, daß das Konzept eines polyzentrischen Systems inzwischen in das Gedankengut der BJP-geführten Koalitionsregierung eingegangen war. Warum aber verspricht sich Indien von diesem Ordnungsmodell die beste Sicherung seiner Interessen? K. Subrahmanyam, der geistige Vater des Konzepts, stützt seine Begründung auf das inhärente Gleichgewicht der Macht:

»Die Legitimität von Nukleararsenalen, das wachsende Bewußtsein, daß Krieg kein brauchbares Mittel der Politik ist, und der Globalisierungsprozeß werden eine Welt aus sechs Machtzentren entstehen lassen, die untereinander eine Balance finden müssen.

Machtzentren sind die USA, China, Japan, die Europäische Union, Rußland und Indien. Eine multipolare Welt ist weniger wahrscheinlich als eine polyzentrische Welt. Jede Nation, die einen solchen Pol bildet, würde andere Nationen anziehen und um sich gruppieren, andere dagegen abstoßen. Das ergab einen Sinn, als noch eine ideologische Konfrontation bestand. Aber die existiert nicht mehr. Wenn eine Balance zwischen einer gewissen Anzahl von Machtzentren hergestellt ist, werden die meisten anderen Staaten über ein sehr großes Maß an Entscheidungsautonomie verfügen.«⁸¹

Das bisherige globale Machtsystem, das aus indischer Sicht westlich dominiert war, befand sich unter der Hegemonie einer Gruppe von Staaten, die sich in verschiedenen exklusiven Zirkeln zusammengeschlossen hatten: unter Schirmherrschaft der einzigen Supermacht USA etwa die fünf Nuklearwaffenmonopolisten im Sinne des Non-Proliferationsvertrags (NPT) oder die fünf permanenten Veto-Monopolisten im UN-Sicherheitsrat oder der exklusive Klub der sieben führenden Industriemächte G7.

Diesem westlichen Auslaufmodell setzt Indien sein neues asiatisches Gleichgewichtsmodell entgegen. Dessen sechs Führungszentren konstituieren zusammen die neue *internationale Brahmanenkaste*. Die Stabilität in dem neuen System würde aus Sicht der indischen Sicherheitsexperten dadurch gewährleistet, daß die sechs Machtzentren sich gegenseitig ausbalan-

cieren, weil sie ständig miteinander interagieren müßten. Ob diese Annahme jedoch zutrifft, ist fraglich; setzt sie doch voraus, daß die Interaktion zwischen den sechs Machtzentren kooperativ und nicht kompetitiv geprägt ist. Indien jedenfalls sollte aufgrund seiner spezifischen kulturell-nationalen Erfahrungen mit gutem Beispiel vorangehen: zwischenstaatliche Sicherheit werde dadurch realisiert, daß Indien ein »concept of strategic restraint«⁸² verfolge. Wie sich diese Beschränkung allerdings mit dem dynamischen Grundcharakter des indischen Sicherheitskonzepts und der Strategie einer auszuweitenden Sicherheitssphäre vereinbaren ließ, blieb offen.

⁸⁰ Zit. aus: George Fernandes, *The Path to Peace and Prosperity*, in: Jasjit Singh, *Asian Security in the 21st Century*, S. 1.

⁸¹ Zit. aus: K. Subrahmanyam, *The Global Strategic Environment: Bipolarity or Polycentrism?*, in: *Strategic Analysis*, 20 (Mai 1997) 2, <http://www.idsa-ind.org/an-may-2.html>.

⁸² Zit. aus: Kak, *Management of India's Security and Higher Defence* – I, S. 4.

Konditioneller Rahmen für eine europäische Politik der Einbindung Indiens

Nachdem Indien infolge seiner Nukleartests zwei Jahre lang international isoliert war, denken Deutschland und die EU nun darüber nach, wie Indien international wieder eingebunden werden kann. Dabei gehen die europäischen Nuklearwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien relativ unbefangen vor, während sich der Nicht-Nuklearwaffenstaat Deutschland schwerer tut und noch nach einem Konzept sucht, wie er sein Eintreten für globale Non-Proliferation und nukleare Abrüstung mit seinen Wirtschaftsinteressen als führende Exportnation vereinbaren kann.

Die Verlagerung der globalen Dynamik nach Asien ist seit längerem zu beobachten gewesen, muß allerdings seit den Finanz- und Wirtschaftskrisen der ausgehenden 90er Jahre neuerdings in Frage gestellt werden. Asien könnte seinem immer offensichtlicher werdenden Krisenpotential nun sogar eine Aufwertung im negativen Sinn verdanken. Von der vorläufig weiterhin unangefochtenen Supermacht USA, aber auch von China, Rußland und Japan wird es abhängen, ob sich die konfliktträchtigen Entwicklungen stabilisieren lassen.

Aufgrund der indischen Ambitionen gehen von Südasien neue Impulse, aber zugleich auch erhöhte Sicherheitsrisiken aus. Der Eindruck drängt sich auf, daß Indien besonders nachdrücklich seine Statusaufwertung einfordert, eben weil es sich als Nachzügler in den asiatischen Aufwertungswettbewerb eingeschaltet hat.

Indiens neue Selbstbehauptung stellt die EU vor politische Herausforderungen, deren volle Tragweite noch nicht abzusehen ist. Folgende Aspekte sollte die EU in der Konzipierung ihrer gemeinsamen Asienpolitik berücksichtigen:

- Indien will den ordnungspolitischen Status quo nicht nur in Asien, sondern auch im globalen System verändern.
- Indiens Außen- und seine Sicherheitspolitik dürften vorerst durch das hindu-nationalistische Paradigma geprägt bleiben. Aufgrund dessen tritt es betont selbstbewußt auf und legitimiert seinen Anspruch auf eine internationale Großmachtrolle mit seiner Bedeutung als jahrtausendealte, hinduistisch bestimmte Kulturnation.

- Indiens sicherheitspolitische Strategie ist als Mittel zum ordnungspolitischen Endzweck zu sehen, das den Aufstieg zu einer Industriegroßmacht beschleunigen soll.
- Indiens Sicherheitsstrategie ist dynamisch ausgerichtet und darauf angelegt, die Sicherheits-sphäre schrittweise auszuweiten. In dieser expandierenden Sicherheitssphäre meldet Indien nationale Interessen an, zu deren Durchsetzung es immer umfangreichere und technologisch anspruchsvollere Verteidigungskapazitäten benötigt.
- Indiens Rüstungspolitik ist vor diesem Hintergrund ebenfalls dynamisch. Rahmen, Struktur und Größenordnung der indischen Aufrüstung lassen sich noch nicht abschätzen.
- Hinter Indiens Sicherheits- und Rüstungspolitik stehen neben dem klassischen Sicherheitsmotiv zwei weitere Motive: Indiens internationalen Status zu erhöhen und eine weitgehende Entscheidungsautonomie in der einheimischen Technologie- und Wirtschaftsentwicklung zu erreichen und zu bewahren. Die Eigenentwicklung von militärischen Großprojekten, ballistischen Trägersystemen, Nuklearwaffen und Machtprojektionssystemen dürfte sowohl aus verteidigungspolitischen wie aus statusbedingten Gründen vorangetrieben werden. Mit verstärkten Rüstungsimporten ist zu rechnen, falls die eigenen Entwicklungskapazitäten den indischen Ansprüchen nicht genügen.
- Indiens Sicherheitspolitik dürfte zunehmend auf die Deckung seines Energiebedarfs ausgerichtet werden. Angesichts der weltweiten Verknappung fossiler Ressourcen (Erdöl und Erdgas) zeichnet sich hier ein über den Indischen Ozean hinauswirkendes globales Konfliktpotential ab. Die EU und Indien dürften zu konkurrierenden Nachfragern auf dem globalen Markt werden.

Fazit: Indien wird sich von einem starken Durchsetzungswillen leiten lassen. Mit einer langfristigen umfassenden Aufrüstung ist zu rechnen. Indien wird seine Forderung nach politischer Mitgestaltung der neuen Machtstrukturen in Asien auch mit militärischen Mitteln und Signalen (z.B. gemeinsame Flottenmanöver in Südostasien) untermauern.

Die EU dürfte in Indien einen schwierigen und eigenwilligen Verhandlungspartner finden, denn New Delhi glaubt, daß die wirtschaftliche Dynamik und das wachsende militärisch-strategische Potential zu seinen Gunsten arbeitet. Indien könnte sich beispielsweise an einem sicherheitspolitischen Dialog nur deshalb teilnehmen, um eine weitere Kommunikations-ebene einzurichten. Da Indien das Fernziel einer internationalen Großmachttrolle vor Augen hat, kann es sich Zeit lassen und abwarten, bis die Europäer günstige Kooperationsangebote machen. Letztlich bilden nicht die EU, sondern die USA und China den eigentlichen Fixpunkt für das indische Selbstverständnis und das ordnungspolitische Fernziel. Diese beiden Staaten und nicht die EU sieht Indien als ebenbürtige Partner in einem sicherheitspolitischen Dialog an.

Vor diesem Hintergrund ist ein mehrstufiger Sondierungsprozeß auf seiten der EU-Mitglieder zu empfehlen, wenn die EU mit einem eigenständigen Profil in einen Sicherheitsdialog eintreten will.

Folgende Schritte dürften notwendig sein, um eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Linie gegenüber Indien zu entwickeln:

- Grundsätzliche Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen der nicht-nuklearen Mitgliedstaaten einerseits sowie Großbritannien und Frankreich andererseits, die als Vetomächte und anerkannte Nuklearwaffenstaaten im Klub der fünf ständigen UNO-Sicherheitsratsmitglieder eine ordnungs- und sicherheitspolitische Sonderrolle spielen.
- Diskussion der zukünftigen ordnungspolitischen Rolle der EU: Kann und will die EU sich weiterhin auf eine *regionale* Ordnungsfunktion beschränken oder will sie zu einem politischen *global player* im internationalen System werden?

LOC	Line of Control
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
NPT	(Nuclear) Non-Proliferation Treaty
P-5	Permanent Five (Members of the UN Security Council)
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
UNO	United Nations Organization

Abkürzungen

BJP	Bharatiya Janata Party
CASI	Center for the Advanced Studies of India
EU	Europäische Union
FICCI	Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry
G7	Gruppe der Sieben (die sieben führenden Industriestaaten)
G8	Gruppe der Acht (die sieben führenden Industriestaaten + Rußland)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IDSA	Institute for Defence Studies and Analyses (New Delhi)
IPKF	Indian Peace Keeping Force
ISI	Inter-Services Intelligence (pakistanischer Militärgeheimdienst)

Anhang: Die wichtigsten Konflikte und Sicherheitsrisiken seit Indiens Unabhängigkeit

Herbst 1947

Unabhängigkeit und Teilung wurden überschattet von Massakern an ca. 500 000 Flüchtlingen und millionenfachen Vertreibungen sowohl aus Indien wie aus Pakistan

Oktober 1947–Dezember 1948

1. Kaschmir-Krieg, endete mit umstrittener Teilung des Fürstentums Jammu und Kaschmir, UN-vermittelter Waffenstillstand am 1. Januar 1949

Oktober–November 1962

indisch-chinesischer Krieg, endete mit einem einseitigen Waffenstillstand des chinesischen Siegers und einer demütigenden Niederlage Indiens

Frühjahr 1965

kleinere militärische Zusammenstöße entlang der nicht eindeutig demarkierten Grenze im Rann of Kutch (zwischen Gujerat/Indien und Sind/Pakistan), nach britischer Vermittlung beigelegt, Grenzverlauf durch Schiedsspruch eines internationalen Tribunals in Genf geklärt⁸³

September 1965

2. Kaschmir-Krieg, pakistanische Angreifer wurden von Indien zurückgeschlagen; nach UN-initiiertem Waffenstillstand und nachfolgender sowjetischer Vermittlung wurde der Krieg mit dem Abkommen von Taschkent im Januar 1966, das den Status quo ante faktisch wiederherstellte, offiziell beendet⁸⁴

März–Dezember 1971

innerpakistanischer Separations-/Unabhängigkeitskampf, den Indien zu einem zwischenstaatlichen

Krieg ausweitete; mit Hilfe der siegreichen indischen Truppen spaltete sich Ostpakistan ab und wurde international als unabhängiger Staat Bangladesh anerkannt; Indien und Pakistan fanden im Abkommen von Simla im Juli 1972 eine Regelung, die dann von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert wurde; der Dauerkonflikt schwelte weiter⁸⁵

seit Frühsommer 1984

kostspieliger und verlustreicher Hochgebirgskrieg in einem unwirtlichen Teil des kaschmirischen Himalaya, regelmäßiger Sommerkrieg auf dem ca. 6000 m hohen Siachen-Gletscher im nordöstlichen Abschnitt der Line of Control (LOC),⁸⁶ die anlässlich des Simla-Abkommens aus technischen Gründen nicht demarkiert werden konnte; ebenfalls ungeklärter Verlauf der LOC zum chinesisch kontrollierten Kaschmirgebiet Aksai Chin

Juli 1987–März 1990

gestützt auf das umstrittene Indisch-Sri Lankische Abkommen wurde die Indian Peace Keeping Force (IPKF) in einer zeitweiligen Stärke von 70 000 bis 100 000 Soldaten nach Sri Lanka entsandt,⁸⁷ um Colombo im Kampf gegen die separatistischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zur Seite zu stehen; da die indische Ordnungsmission fehlschlug, erzwang Colombo einen vorzeitigen Abzug der IPKF⁸⁸

November 1988

erfolgreiche Ordnungsmission Indiens auf den Malediven; der Staatsstreich gegen Präsident Gayoom wurde unter Einsatz von ca. 1100 indischen Soldaten niedergeschlagen⁸⁹

⁸³ Vgl. Alastair Lamb, *Kashmir. A Disputed Legacy 1846–1990*, Hertingfordbury 1991, S. 255ff. Der Grenzstreit um das in manchen Monaten überflutete Wüstengebiet hatte seinen tieferen strategischen Grund darin, daß von dem ungeklärten Grenzverlauf die Demarkation der Fischereizonen im Indischen Ozean und die Eigentumsrechte an den vermuteten unterseeischen Erdöl- oder Erdgasvorkommen abhingen.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 271; Robert G. Wirsing, *India, Pakistan, and the Kashmir Dispute. On Regional Conflict and Its Resolution*, New York 1994, S. 190.

⁸⁵ Zum Text des Simla-Abkommens vgl. u.a. Chris Smith, *India's Ad Hoc Arsenal*, Appendix B, S. 229–230.

⁸⁶ Vgl. Wirsing, *India, Pakistan, and the Kashmir Dispute*, S. 75ff; in diesem Gletscherkrieg kontrollieren indische Spezialeinheiten seit 1984 mehrere Pässe in ca. 7000 m Höhe.

⁸⁷ Vgl. Chris Smith, *India's Ad Hoc Arsenal*, S. 37; ebenfalls Marshall R. Singer, *New Realities in Sri Lankan Politics*, in: *Asian Survey*, 30 (April 1990) 4, S. 419ff.

⁸⁸ Vgl. Marshall R. Singer, *Sri Lanka in 1990*, in: *Asian Survey*, 31 (Februar 1991) 2, S. 140ff.

⁸⁹ Vgl. Rajendra Sareen/Manik de Silva, *Maldives: Playing at Cops. India Sends in Its Troops to Crush a Coup Attempt*, in:

seit 1989/90

Ausweitung des Separationskampfes der Moslem-Kaschmiris zu einem »low intensity warfare« im indischen Kaschmir-Tal; von pakistanischer Seite durch militante Organisationen und verdeckte paramilitärische Operationen geschürt; im Frühsommer 1990 kurzzeitige Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan mit potentieller Eskalation zu einem Nukleareinsatz, von den USA entschärft; seitdem wechselvoller Konfliktverlauf mit zunehmender Verhärtung der Fronten bei anhaltender emotionaler Entfremdung der Moslem-Kaschmiris sowohl von Pakistan als auch von Indien⁹⁰

Mai-Juli 1999

knapp dreimonatiger Grenzkrieg im Abschnitt Kargil- Das entlang der Line of Control (LOC) in Kaschmir, provoziert von Pakistan; islamistische Guerilla-Gruppen waren unter Beteiligung regulärer Armee-truppen in einer monatelang vorbereiteten Geheim-aktion auf strategischen Bergspitzen im Himalaya disloziert worden, die sich auf der indischen Seite der LOC befanden; Indien schlug infiltrierte Einheiten unter Einsatz der Luftwaffe zurück, Pakistan willigte nach massivem US-Druck in den endgültigen Rückzug aller noch überlebenden Kämpfer ein⁹¹

Far Eastern Economic Review, 17.11.1988, S. 15.

90 Vgl. Citha D. Maaß, Indien und Pakistan am Rande eines neuerlichen Krieges?, in: Europa-Archiv, 45 (25.9.1990) 18, S. 553ff; Cortright/Mattoo (Hg.), India and the Bomb, S. 3; Jonah Blank, Kashmir: Fundamentalism Takes Root, in: Foreign Affairs, 78 (November/Dezember 1999) 6, S. 36ff; Dietrich Reetz, Optionen für Indien und Pakistan in Kaschmir: Anatomie eines Konflikts, in: *Draguhn*, Indien 2000, S. 275ff.

91 Vgl. Christian Wagner, Außenpolitik im Berichtsjahr (Mai 1999–April 2000), in: *Draguhn*, Indien 2000, S. 195ff; The Europe World Year Book 2000, London 2000, S. 1782; Fischer Weltalmanach 2000, Frankfurt a.M. 2000, Sp. 345–346.